



Bericht zum Jahresabschluss 2014 der Stadt Ludwigsburg



Inhaltsverzeichnis

- 1. Rechenschaftsbericht mit Finanzindikatoren**
- 2. Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses**
- 3. Bilanz**
- 4. Anhang**
- 5. Bescheinigung Pensionsrückstellungen**
- 6. Forderungsübersicht**
- 7. Vermögensübersicht**
- 8. Schuldenübersicht**
- 9. Bürgschaftsübernahmen**
- 10. Liste der überplanmäßigen/außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen**

Rechenschaftsbericht
der Stadt Ludwigsburg
zum Jahresabschluss 2014



Gliederungsübersicht

1	Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen	3
1.1	Bevölkerung.....	5
1.2	Wirtschaft und Arbeitsmarkt	5
2	Jahresergebnis.....	6
2.1	Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung	6
2.1.1	Ergebnislage	6
2.1.2	Ertragslage.....	9
2.1.3	Entwicklung der Aufwendungen.....	15
2.2	Finanzhaushalt und Finanzrechnung	21
3	Vermögens- und Schuldenlage	24
4	Kennzahlen.....	26
4.1	Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis.....	26
4.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben.....	26
4.1.2	Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen.....	34
4.1.3	Personal- und Versorgungsaufwand	36
4.1.4	Sach- und Dienstleistungsaufwand	38
4.1.5	Haushaltsergebnis.....	40
4.2	Kennzahlen zur Bilanz.....	44
4.2.1	Kennzahlen zur Vermögenslage	45
4.2.2	Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)	49
4.2.3	Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung.....	51
5	Prognosebericht - Risiken und Chancen.....	53
5.1	Entwicklung von Jahresergebnis und Kapitalposition.....	53
5.2	Entwicklung der Verschuldung.....	54
6	Entwicklung der Finanzindikatoren.....	55

1 Vorbemerkungen und rechtliche Grundlagen

Nach § 95 der Gemeindeordnung (GemO) ist dem Jahresabschluss ein Rechenschaftsbericht beizufügen. § 54 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) regelt die Inhalte des Rechenschaftsberichts.

Im Rechenschaftsbericht sind der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die wirtschaftliche Lage der Gemeinde unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch darstellen

1. die Ziele und Strategien,
2. Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung,
3. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind,
4. zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung und
5. die Entwicklung und Deckung der Fehlbeträge.

Einmalige Besonderheit des Rechenschaftsberichtes 2014

Im Rechenschaftsbericht 2014 sind alle Spalten zu Vorjahresergebnissen mit 0,00 EUR ausgewiesen, da die Vorjahresergebnisse bis einschließlich 2013 in der kameraleen Buchführung ermittelt wurden. Somit sind keine doppelischen Vergleichszahlen (im System) verfügbar.

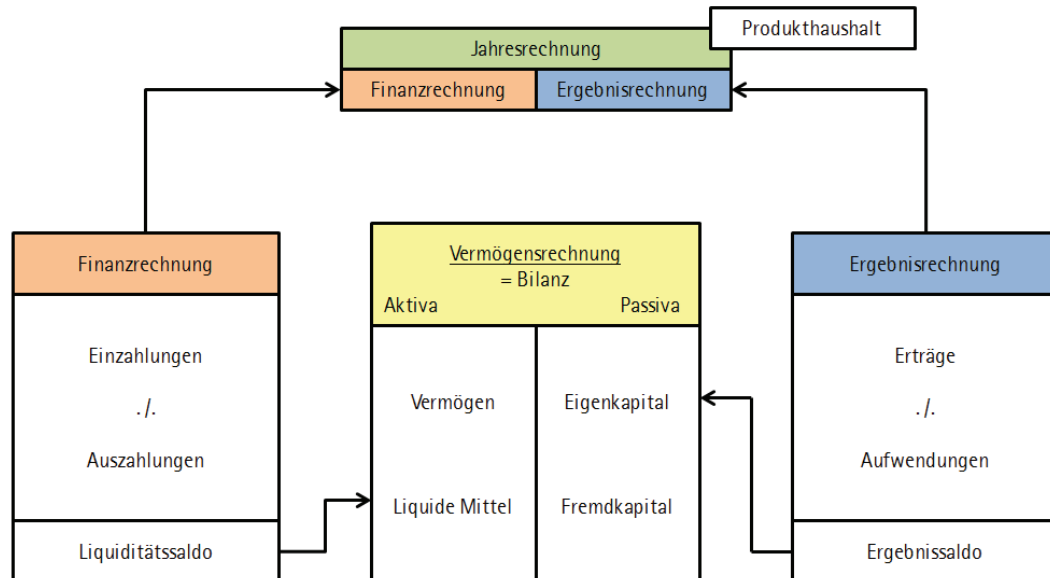
Bei den Bilanzpositionen erfolgt der Vergleich zwischen der (noch in der Prüfung befindlichen) Eröffnungsbilanz (in Spalte 2013) und der Schlussbilanz 2014.

Mit den Rechenschaftsberichten der folgenden Jahre werden sich die Verläufe der Zahlenreihen und damit auch deren Aussagekraft verbessern.

Bei den Ergebnissen 2014 ist zu berücksichtigen, dass durch die Umstellung der Finanzbuchhaltung Rechnungen in 2014, die noch das Jahr 2013 betrafen, in 2014 gebucht werden mussten. Gleichzeitig erfolgte beim Jahreswechsel 2014/15 erstmals eine periodengerechte Zuordnung, d.h. in den ersten zwei Monaten des Jahres 2015 konnten noch Belege, welche 2014 betrafen, in das „Altjahr“ 2014 gebucht werden. Dies bedeutet, dass tendenziell in 2014 als erstem Jahr der doppelischen Buchführung ein höheres Buchungsvolumen vorliegt. (gegenüber künftigen Jahren)

Die in die Zukunft gerichteten Planzahlen 2015 bis 2018 sind aus der Finanzplanung des Haushaltsplanes 2015 entnommen.

Das neue doppische Rechnungssystem ist als **Drei-Komponenten-Rechnung** konzipiert:



Ergebnishaushalt / -rechnung (Darstellung des Ressourcenverbrauchs)

Der Ergebnishaushalt bildet die laufende Verwaltungstätigkeit ab; hier werden Erträge und Aufwendungen (ressourcenorientiert) anstelle der bisherigen (zahlungsorientierten) Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt veranschlagt und verbucht. Zu den Aufwendungen gehören auch nicht zahlungswirksame Ressourcenverbräuche (z.B. Zuführungen zu Rückstellungen, Abschreibungen) und nicht zahlungswirksame Erträge (z.B. Inanspruchnahme von Rückstellungen oder Auflösung von Sonderposten für Investitionszuweisungen und Investitionsbeiträge).

Finanzhaushalt / -rechnung (Darstellung des Geldverbrauchs)

Im Finanzhaushalt werden die Einzahlungen und Auszahlungen des Haushaltsjahres - ohne periodengerechte Rechnungsabgrenzung - dargestellt. Dies umfasst sowohl die Ein- und Auszahlungen des laufenden Verwaltungsbetriebs, als auch die Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit Investitionen und aus Finanzierungstätigkeit (z.B. Kreditaufnahmen und -tilgungen). Der Finanzhaushalt dient dem Nachweis der Herkunft und der Verwendung der liquiden Mittel und als Liquiditätssaldo. Er ermöglicht die Beurteilung der Finanzlage neben der Ertrags- und Vermögenslage.

Der Saldo der Finanzrechnung ist der Netto-Zufluss bzw. Netto-Abfluss an liquiden Mitteln innerhalb der betrachteten Rechnungsperiode. Addiert man diesen Saldo mit dem Bestand an liquiden Mitteln zu Beginn der Rechnungsperiode (sog. Anfangsbestand), so erhält man den in der Bilanz im Umlaufvermögen auszuweisenden Bestand an liquiden Mitteln.

Vermögensrechnung (Bilanz) (Darstellung des Vermögens und der Schulden)

Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

1.1 Bevölkerung

Nachfolgend wird tabellarisch die Entwicklung der Einwohnerzahl sowie bestimmter Altersgruppen abgebildet.

Bevölkerungsgruppe	2010 Pers	2011 Pers	2012 Pers	2013 Pers	2014 Pers	Veränderung in %
Einwohner insgesamt	87.735	86.939	88.200	89.639	91.116	3,85
Vorschulalter: 0 - 5 Jahre einschl.	4.901	4.972	5.137	5.263	5.376	9,69
davon Krippenalter 0 - 2 Jahre einschl.	2.516	2.559	2.687	2.737	2.800	11,29
davon Kindergartenalter 3 - 5 Jahre einschl.	2.385	2.413	2.450	2.526	2.576	8,01
Schulalter: 6 - 17 Jahre	9.764	9.595	9.645	9.775	9.812	0,49
Senioren über 65 Jahre	16.619	16.123	16.196	16.372	16.773	0,93

1.2 Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Nachfolgend wird tabellarisch die Entwicklung der wichtigsten Indikatoren wie die Zahl der Arbeitslosen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor Ort angezeigt.

Entwicklungsarten	2010 Pers	2011 Pers	2012 Pers	2013 Pers	2014 Pers	Veränderung in %
Arbeitslose zum 30.06.	2.878	2.305	2.292	2.447	2.477	-13,93
davon unter 25 Jahre (Jugendarbeitslosigkeit)	224	202	161	203	197	-12,05
davon über 55 Jahre (Arbeits- losigkeit älterer Personen)	541	485	492	485	462	-14,60
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	42.551	44.075	45.225	45.953	48.850	14,80

2 Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2014 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 9.397.099 EUR ab.

2.1 Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

Das Jahresergebnis berechnet sich aus folgenden Ergebnisteilen:

	Ergebnis der ordentlichen Tätigkeit (Ordentliches Ergebnis)
+	Ergebnis der außerordentlichen Tätigkeit (Sonderergebnis)
=	Jahresergebnis

2.1.1 Ergebnislage

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die öffentlichen Haushalte und auch die Kommunen profitieren seit Jahren von der unerwartet schnellen Erholung der deutschen Wirtschaft von der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Die bei Bund, Ländern und Kommunen eingehenden Steuereinnahmen sind aufgrund dieser konjunkturellen Entwicklung in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es starke regionale Unterschiede – insbesondere auf kommunaler Ebene – gibt und der noch abzutragende Schuldenberg der deutschen Kommunen weiterhin nach einer langfristig ausgelegten Konsolidierungsstrategie der öffentlichen Haushalte verlangt.

Auch stellt sich der demografische Wandel zunehmend als Herausforderung für die deutschen Kommunen dar. Neben steigenden Sozialtransferaufwendungen, die direkt oder über Umlagen die kommunalen Haushalte belasten, zeigt sich vielerorts das Erfordernis, die Infrastruktur und deren Einrichtungen an die sich ändernden Bedürfnisse der Bürgerschaft anzupassen.

Trotz der massiven Erholung der Steuereinnahmen der vergangenen Jahre steht also nach wie vor die Konsolidierung der öffentlichen Ausgaben im Vordergrund, um eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung in den Kommunen zukunftssicher gestalten zu können.

Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

Die Ergebnisse im Überblick

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses:

Ergebnisart	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Ordentliche Erträge	0	249.369.369	251.353.137	251.353.137	1.983.768
Ordentliche Aufwendungen	0	249.369.369	244.680.486	244.680.486	-4.688.883
Ordentliches Ergebnis	0	0	6.672.651	6.672.651	6.672.651
Außerordentliche Erträge	0	0	4.081.737	4.081.737	4.081.737
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	1.357.289	1.357.289	1.357.289
Sonderergebnis	0	0	2.724.448	2.724.448	2.724.448
Gesamtergebnis	0	0	9.397.099	9.397.099	9.397.099

Ordentliches Ergebnis

Das Ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung Defizite entstehen.

Das ordentliche Ergebnis (Saldo aus den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen) schließt mit einem Ergebnis von 6.672.651 EUR ab.

Im Vergleich zum Vorjahr veränderte sich das Ergebnis um 6.672.651 EUR. Gegenüber dem fortgeschriebenen Planansatz 2014 veränderte sich das Ergebnis um 6.672.651 EUR.

Sonderergebnis

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Sonderergebnis, welches mit 2.724.448 EUR abschließt, in das Jahresergebnis ein.

Das Sonderergebnis resultiert im Wesentlichen auf der Ertragsseite aus Grundstücks- bzw. Anlageverkäufen über Buchwert; auf der Aufwandsseite aus Ausbuchungen von Vermögenswerten aus der städtischen Bilanz aufgrund von Verkauf oder Verschrottung.

Gesamtergebnis

Das Jahresergebnis als Saldo des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses beträgt 9.397.099 EUR.

Stadt Ludwigsburg
Rechenschaftsbericht 2014

Rücklagen

Zur Abdeckung von negativen Jahresergebnissen dienen die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (Ergebnisrücklage) und die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses (Sonderergebnisrücklage) als Teil der Kapitalposition. Bei negativen Jahresergebnissen wird zunächst die Ergebnisrücklage für den Jahresausgleich in Anspruch genommen. Ist diese aufgebraucht, wird die Sonderergebnisrücklage verwendet. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ergebnis- und der Sonderergebnisrücklage:

Position	Ergebnis 2011 in EUR	Ergebnis 2012 in EUR	Ergebnis 2013 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR
Kapitalposition	0	0	546.668.788	556.073.016
Basiskapital	0	0	540.670.832	540.670.832
Rücklagen	0	0	5.997.955	15.402.183
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0	6.672.651
Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0	0	2.724.448
Zweckgebundene Rücklagen	0	0	5.997.955	6.005.085

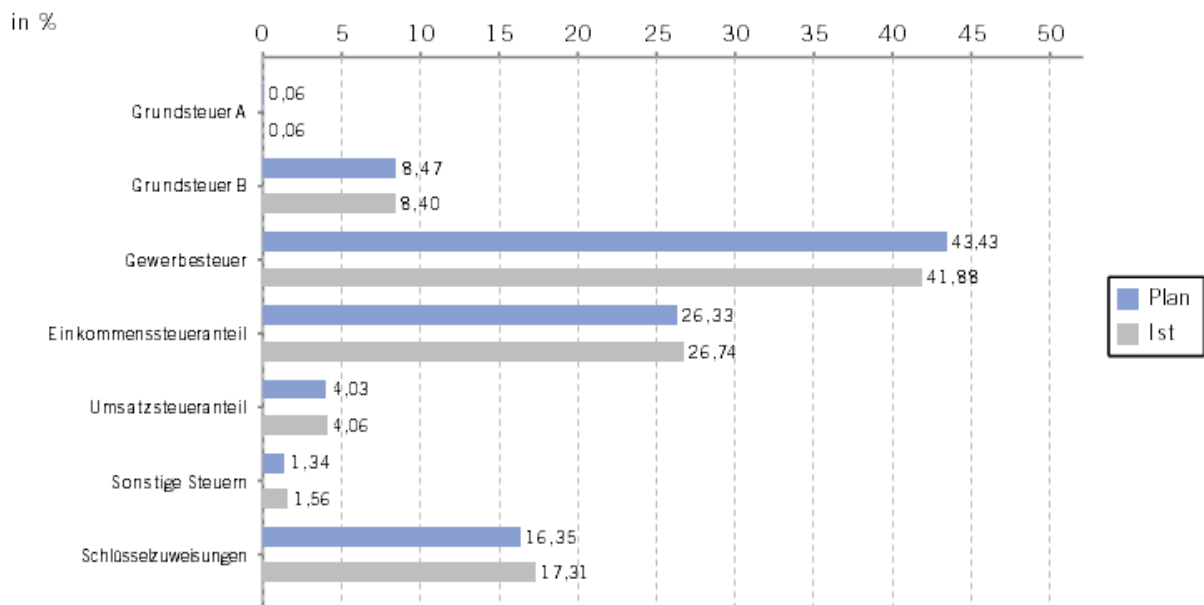
Die zweckgebundenen Rücklagen bestehen aus den Rücklagen der rechtlich un- selbstständigen Stiftungen, des Fonds Jugend, Bildung, Zukunft und der Cross- Boarder-Lease-Transaktion.

Hinzu kommen die Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses und des Sonder- ergebnisses, somit beträgt der gesamt Rücklagenbestand Ende 2014 15,4 Mio. EUR.

2.1.2 Ertragslage

Zusammensetzung der Kernfinanzierungsmasse

In der nachfolgenden Grafik wird der prozentuale Anteil der einzelnen Steuerarten bzw. der Schlüsselzuweisungen an der Kernfinanzierungsmasse des Haushaltes abgebildet. Die Kernfinanzierungsmasse ist die Summe aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie Schlüsselzuweisungen. Hierdurch wird erkennbar, welche Bedeutung die einzelnen Ertragsarten haben. Grundsätzlich sollte der Ertrag aus Real- und Gemeinschaftssteuern hoch und der aus Schlüsselzuweisungen niedrig sein, weil ansonsten eine hohe Abhängigkeit von Mitteln aus dem Finanzausgleich besteht



Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

Entwicklung der Erträge

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge und die Abweichungen zum Vorjahr und zu den Planwerten:

Ertragsart	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Steuern und ähnliche Abgaben	0	148.262.000	146.864.164	146.864.164	-1.397.836
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen und aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	55.794.929	56.139.750	56.139.750	344.821
öffentlich-rechtliche Entgelte	0	15.964.350	16.445.172	16.445.172	480.822
privatrechtliche Leistungsentgelte	0	5.666.150	5.865.469	5.865.469	199.319
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	2.512.430	3.782.295	3.782.295	1.269.865
Zinsen und ähnliche Erträge	0	4.403.250	5.170.578	5.170.578	767.328
aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	2.837.160	2.341.660	2.341.660	-495.500
sonstige ordentliche Erträge	0	13.929.100	14.744.049	14.744.049	814.949
ordentliche Erträge	0	249.369.369	251.353.137	251.353.137	1.983.768
außerordentliche Erträge	0	0	4.081.737	4.081.737	4.081.737
Summe Erträge	0	249.369.369	255.434.874	255.434.874	6.065.505

Gegenüber dem fortgeschriebenen Planansatz veränderten sich die Gesamterträge um 6.065.505 EUR bzw. um 2,43 %

Gegenüber dem fortgeschriebenen Planansatz veränderten sich die ordentlichen Erträge um 1.983.768 EUR bzw. um 0,80 %.

Zum fortgeschriebenen Planansatz veränderten sich die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben um -1.397.836 EUR bzw. um -0,94 %.

Stadt Ludwigsburg

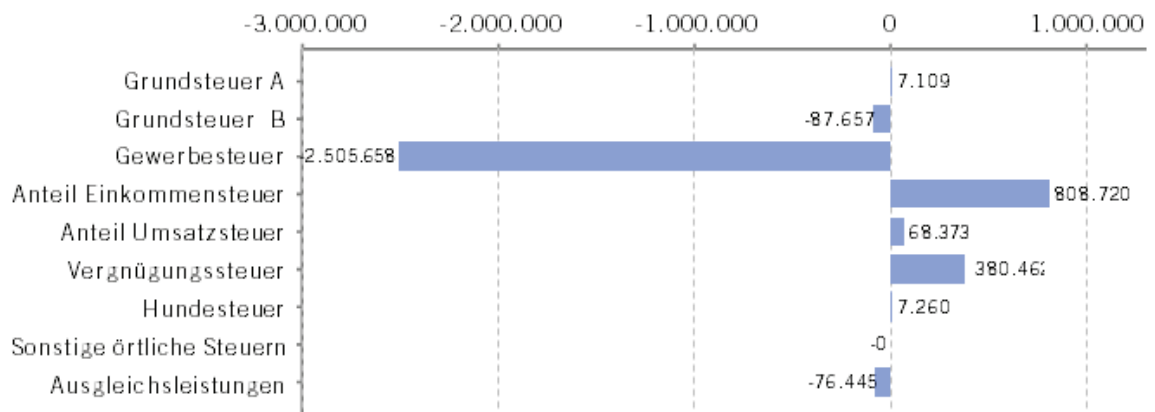
Rechenschaftsbericht 2014

Steuern

In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben abgebildet:

Steuern und ähnliche Abgaben	Ergebnis 2013 in TEUR	Plan 2014 in TEUR	Ergebnis 2014 in TEUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Grundsteuer A	0	95.000	102.109	102.109	7.109
Grundsteuer B	0	14.620.000	14.532.343	14.532.343	-87.657
Gewerbesteuer	0	75.000.000	72.494.342	72.494.342	-2.505.658
Anteil Einkommensteuer	0	45.477.000	46.285.720	46.285.720	808.720
Anteil Umsatzsteuer	0	6.955.000	7.023.373	7.023.373	68.373
Vergnügungssteuer	0	2.040.000	2.420.462	2.420.462	380.462
Hundesteuer	0	280.000	287.260	287.260	7.260
Sonstige örtliche Steuern und steuerähnliche Erträge	0	0	-0	-0	-0
Ausgleichsleistungen	0	3.795.000	3.718.555	3.718.555	-76.445
Summe	0	148.262.000	146.864.164	146.864.164	-1.397.836

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

In der nachfolgenden Tabelle ist die langfristige Entwicklung der wichtigsten Steuerarten im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum abgebildet (in Tausend Euro):

Steuerart	Erg. 2010	Erg. 2011	Erg. 2012	Erg. 2013	Erg. 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
Grundsteuer B	0	0	0	0	14.532	14.700	14.900	15.100	15.300
Gewerbsteuer	0	0	0	0	72.494	70.000	70.000	70.000	70.000
Anteil Einkommensteuer	0	0	0	0	46.286	48.161	50.569	52.495	55.313
Anteil Umsatzsteuer	0	0	0	0	7.023	7.391	7.612	7.834	8.130
Summe	0	0	0	0	140.335	140.252	143.081	145.429	148.743

Innerhalb eines 5-jährigen Betrachtungszeitraumes von 2014 bis 2018 verändern sich die einzelnen Steuerarten gem. mittelfristiger Finanzplanung im Vergleich zum Ergebnis des Jahres 2014 wie folgt:

Steuerart	Veränderung in Tausend EUR	Veränderung in %
Grundsteuer B	768	5,28
Gewerbsteuer	-2.494	-3,44
Anteil Einkommensteuer	9.027	19,5
Anteil Umsatzsteuer	1.107	15,76
Summe	8.407	5,99

Stadt Ludwigsburg

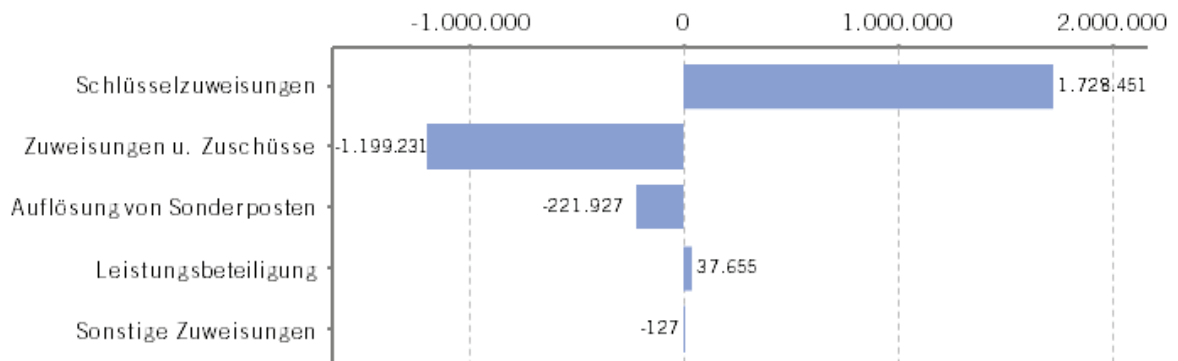
Rechenschaftsbericht 2014

Zuwendungen und Umlagen

Die Entwicklung ist in der folgenden Tabelle abgebildet.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Schlüsselzuweisungen	0	28.232.000	29.960.451	29.960.451	1.728.451
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	18.732.150	17.532.919	17.532.919	-1.199.231
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen und Beiträgen	0	8.068.779	7.846.852	7.846.852	-221.927
Aufgabenbezogene Leistungs- beteiligungen	0	0	37.655	37.655	37.655
Sonstige Zuweisungen	0	762.000	761.873	761.873	-127
Summe	0	55.794.929	56.139.750	56.139.750	344.821

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die Planunterschreitung bei den Zuweisungen und Zuschüssen resultiert aus einer zu hohen Annahme des Kopfbetrages bei der Kita-Förderung für Unter-Dreijährige von rd. 1,1 Mio. EUR.

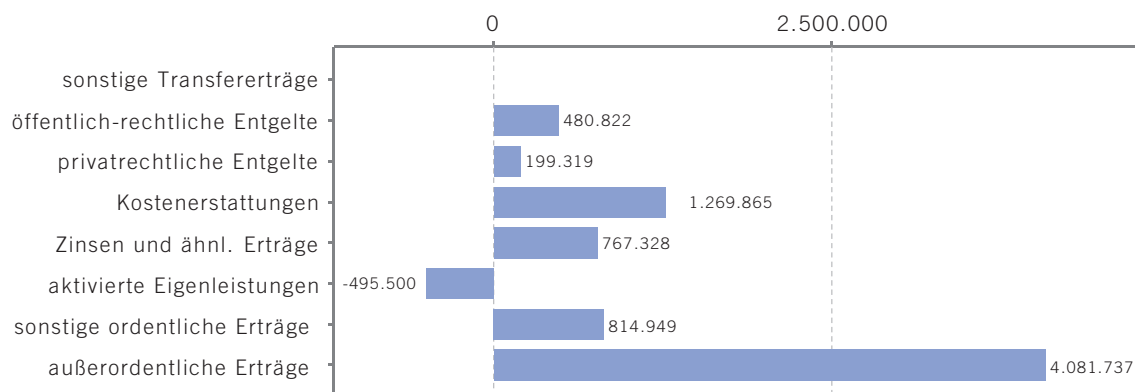
Stadt Ludwigsburg Rechenschaftsbericht 2014

Alle sonstigen Ertragsarten betragen rund 23,60% der Gesamterträge.

Die Entwicklung dieser Ertragsarten im Überblick:

Sonstige Ertragsarten	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
öffentlich-rechtliche Entgelte	0	15.964.350	16.445.172	16.445.172	480.822
privatrechtliche Entgelte	0	5.666.150	5.865.469	5.865.469	199.319
Kostenerstattungen und -umlagen	0	2.512.430	3.782.295	3.782.295	1.269.865
Zinsen und ähnliche Erträge	0	4.403.250	5.170.578	5.170.578	767.328
aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	2.837.160	2.341.660	2.341.660	-495.500
sonstige ordentliche Erträge	0	13.929.100	14.744.049	14.744.049	814.949
außerordentliche Erträge	0	0	4.081.737	4.081.737	4.081.737
Summe	0	45.312.440	52.430.960	52.430.960	7.118.520

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten bestehen weitgehend aus Benutzungsgebühren in Höhe von 11.740.450 EUR und Verwaltungsgebühren in Höhe von 4.704.721 EUR.

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte sind zu einem erheblichen Teil Erträge aus Mieten und Pachten in Höhe von 3.405.856 EUR.

Die außerordentlichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Vermögensveräußerungen über dem Buchwert.

Stadt Ludwigsburg

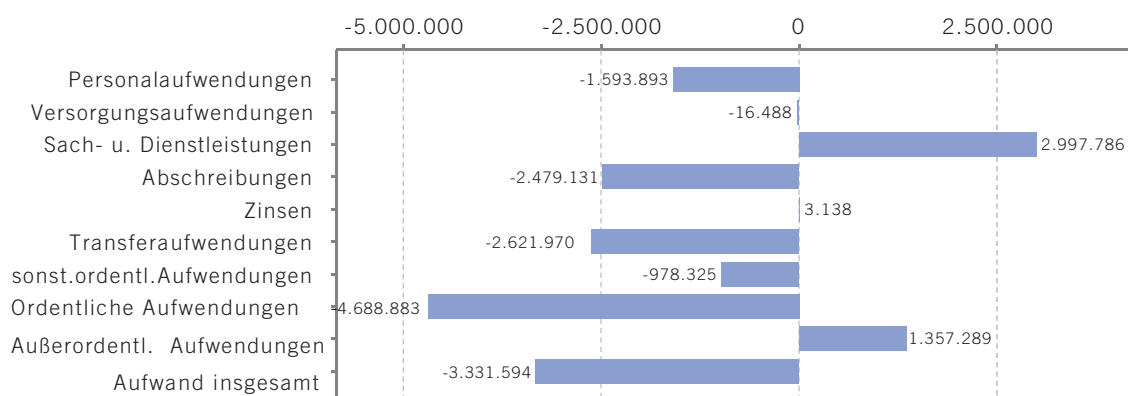
Rechenschaftsbericht 2014

2.1.3 Entwicklung der Aufwendungen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen und die Abweichungen zum Vorjahr und zu den Planwerten:

Aufwandsart	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Personalaufwendungen	0	63.854.200	62.260.307	62.260.307	-1.593.893
Aufwendungen für Versorgung	0	880.000	863.512	863.512	-16.488
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	38.190.800	41.188.586	41.188.586	2.997.786
Abschreibungen	0	22.358.047	19.878.917	19.878.917	-2.479.131
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	549.300	552.438	552.438	3.138
Transferaufwendungen	0	115.120.510	112.498.540	112.498.540	-2.621.970
sonstige ordentliche Aufwendungen	0	8.416.512	7.438.187	7.438.187	-978.325
Ordentliche Aufwendungen	0	249.369.369	244.680.486	244.680.486	-4.688.883
außerordentliche Aufwendungen	0	0	1.357.289	1.357.289	1.357.289
Aufwand insgesamt	0	249.369.369	246.037.775	246.037.775	-3.331.594

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Stadt Ludwigsburg

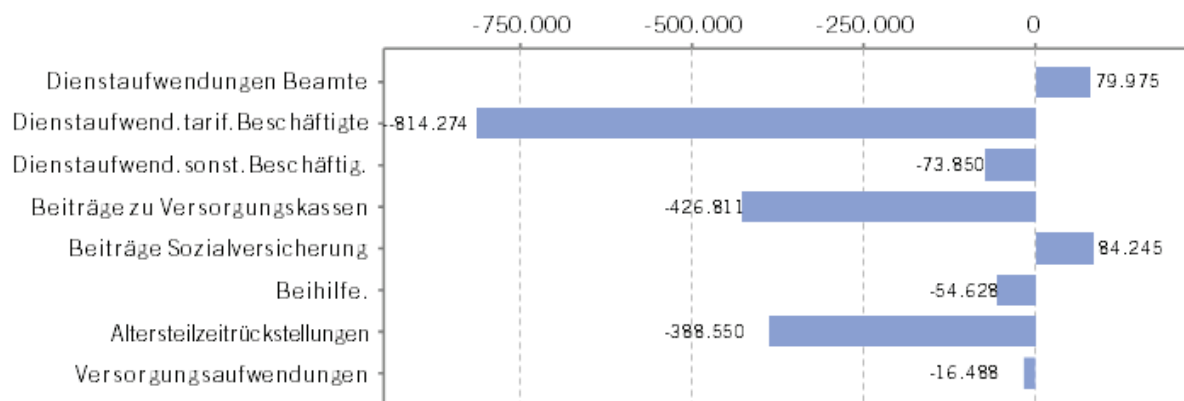
Rechenschaftsbericht 2014

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Personal- und Versorgungsaufwendungen im Detail:

Personal- / Versorgungsaufwand	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Dienstaufwendungen Beamte	0	9.409.350	9.489.325	9.489.325	79.975
Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigte	0	37.211.950	36.397.676	36.397.676	-814.274
Dienstaufwendungen sonstige Beschäftigte	0	383.300	309.450	309.450	-73.850
Beiträge zu Versorgungskassen	0	8.714.400	8.287.589	8.287.589	-426.811
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	0	7.351.950	7.436.195	7.436.195	84.245
Beihilfen, Unterstützungsleistungen für Beschäftigte	0	730.000	675.372	675.372	-54.628
Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen	0	53.250	-335.300	-335.300	-388.550
Aufwendungen für Versorgung	0	880.000	863.512	863.512	-16.488
Summe	0	64.734.200	63.123.819	63.123.819	-1.610.381

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die Personal- und Versorgungsaufwendungen wurden gegenüber dem Planansatz um 1,6 Mio. EUR unterschritten; dies entspricht einer Unterschreitung von 2,49 %. Im Wesentlichen rührt die Unterschreitung von Abweichungen im Bildungs- und Betreuungsbereich her.

Stadt Ludwigsburg

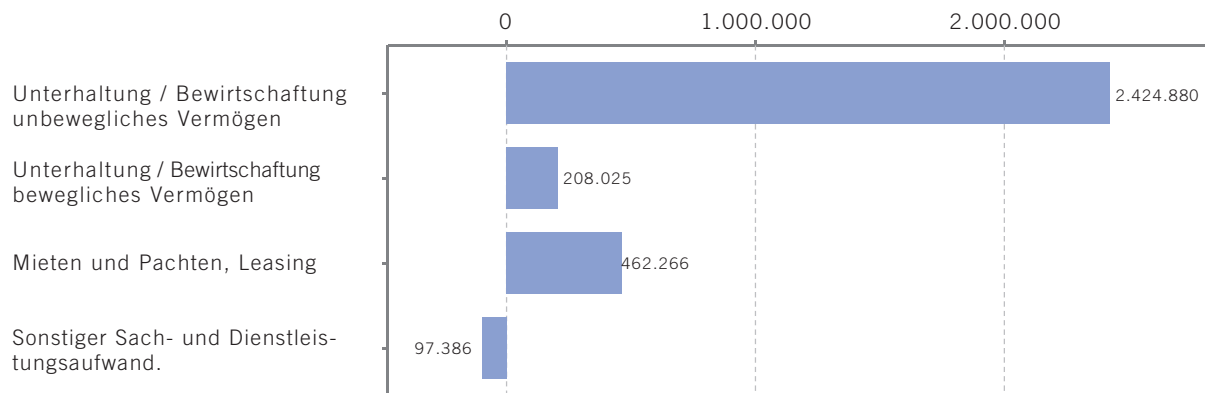
Rechenschaftsbericht 2014

Sach- und Dienstleistungsaufwand

Die Entwicklung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist in der folgenden Tabelle unterteilt nach einzelnen Aufwandsarten abgebildet:

Sach- und Dienstleistungs- aufwand	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Unterhaltung und Bewirtschaftung unbewegliches Vermögen	0	19.494.850	21.919.730	21.919.730	2.424.880
Unterhaltung bewegliches Vermögen, Fahrzeuge	0	1.990.350	2.198.375	2.198.375	208.025
Mieten und Pachten, Leasing	0	2.041.500	2.503.766	2.503.766	462.266
Sonstiger Sach- und Dienstleistungsaufwand	0	14.664.100	14.566.714	14.566.714	-97.386
Summe	0	38.190.800	41.188.586	41.188.586	2.997.786

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Stadt Ludwigsburg

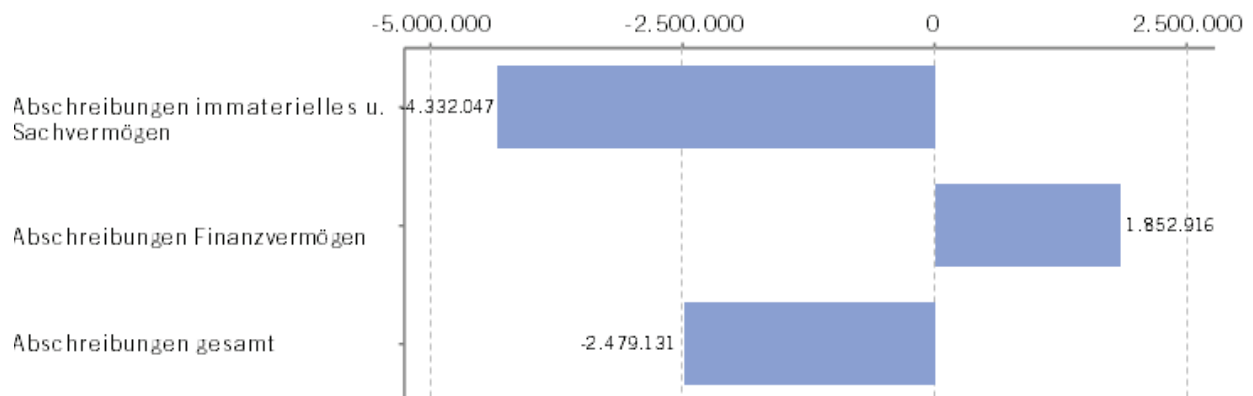
Rechenschaftsbericht 2014

Abschreibungen

Die Entwicklung der Abschreibungen ist in der folgenden Tabelle abgebildet:

Abschreibungen	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Abschreibungen immaterielles und Sachvermögen	0	22.358.047	18.026.001	18.026.001	-4.332.047
Abschreibungen auf Finanzvermögen	0	0	1.852.916	1.852.916	1.852.916
Abschreibungen gesamt	0	22.358.047	19.878.917	19.878.917	-2.479.131
Summe	0	44.716.094	39.757.833	39.757.833	-4.958.261

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die Planansätze der Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen beruhen auf Grobschätzungen, da zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung 2014 die Erstbewertung des städtischen Vermögens noch nicht abgeschlossen war. Die deutlich geringeren Echtabschreibungen 2014 wurden bei der Planung in den Folgejahren berücksichtigt.

Die Abschreibungen auf Finanzvermögen sind vor allem Forderungsabschreibungen aufgrund Uneinbringlichkeit und Niederschlagung. Diese Abschreibungsart wurde bei der Planung zum Haushalt 2016 berücksichtigt.

Stadt Ludwigsburg

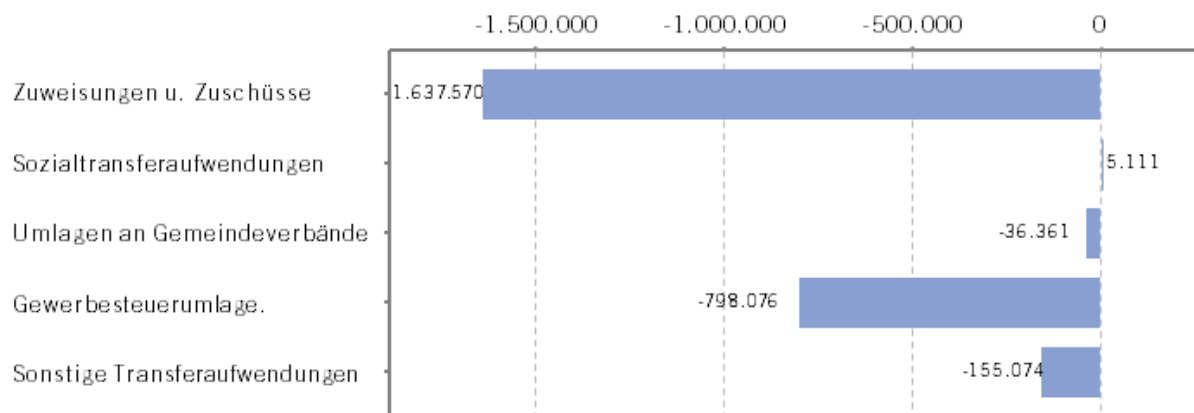
Rechenschaftsbericht 2014

Transferaufwendungen

Die Entwicklung der Transferaufwendungen ist in der folgenden Tabelle abgebildet:

Transferaufwendungen	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	35.613.510	33.975.940	33.975.940	-1.637.570
Sozialtransferaufwendungen	0	30.000	35.111	35.111	5.111
Umlagen an Gemeindeverbände	0	38.417.000	38.380.639	38.380.639	-36.361
Steuerbeteiligungen, Gewerbesteuerumlage	0	13.800.000	13.001.924	13.001.924	-798.076
Sonstige Transferaufwendungen und Umlagen	0	27.260.000	27.104.926	27.104.926	-155.074
Summe	0	115.120.510	112.498.540	112.498.540	-2.621.970

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die Zuweisungen und Zuschüsse bleiben rd. 1,6 Mio. EUR unter den Planansätzen; dies resultiert vor Allem durch einen verzögerten Mittelabfluss bei den Zuschüssen an nichtstädtische Kita-Träger.

Stadt Ludwigsburg

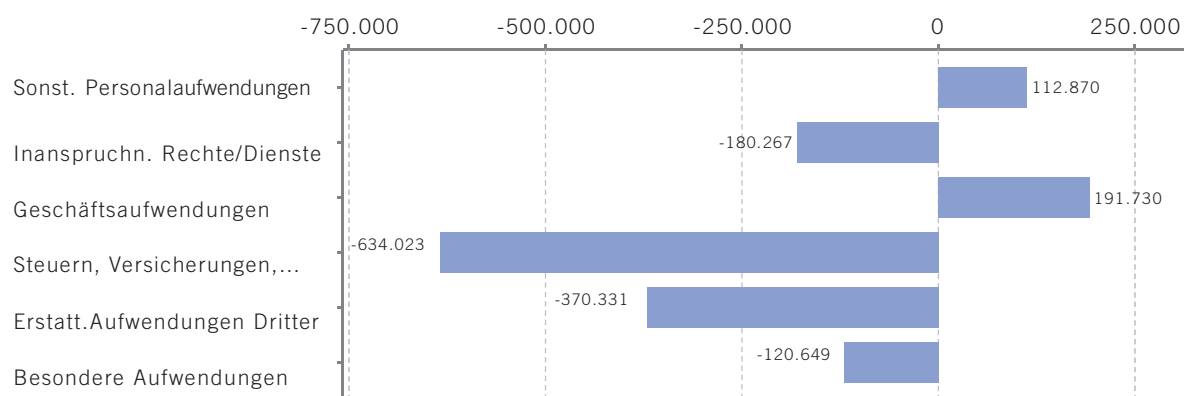
Rechenschaftsbericht 2014

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Entwicklung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen ist in der folgenden Tabelle abgebildet:

Sonstige ordentliche Aufwendungen	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0	154.050	266.920	266.920	112.870
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0	1.498.150	1.317.883	1.317.883	-180.267
Geschäftsaufwendungen	0	2.338.800	2.530.530	2.530.530	191.730
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle, Sonderabgaben	0	1.618.900	984.877	984.877	-634.023
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	2.009.750	1.639.419	1.639.419	-370.331
Besondere Aufwendungen	0	800.100	679.451	679.451	-120.649
Summe	0	8.419.750	7.419.081	7.419.081	-1.000.669

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Stadt Ludwigsburg
Rechenschaftsbericht 2014

2.2 Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

Ein- und Auszahlungen	Ergeb. 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	232.882.230	228.460.486	228.460.486	-4.421.744
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	226.957.972	221.740.617	221.740.617	-5.217.355
Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushaltes	0	5.924.258	6.719.869	6.719.869	795.611
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	17.500.910	15.168.806	15.168.806	-2.332.104
Auszahlungen aus Investitions-tätigkeit	0	49.774.200	28.721.461	28.721.461	-21.052.739
Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit	0	-32.273.290	-13.552.655	-13.552.655	18.720.635
Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf	0	-26.349.032	-6.832.786	-6.832.786	19.516.246
Auszahlungen aus Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichb. Vorgängen für Investitionen	0	669.000	585.378	585.378	-83.622
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	0	-669.000	-585.378	-585.378	83.622
Änderung Finanzierungsmittelbestand (ohne Liquiditätskredite)	0	-27.018.032	-7.418.163	-7.418.163	19.599.869
Änderung Finanzierungsmittelbestand (inkl. Liquiditätskredite)	0	-27.018.032	-7.418.163	-7.418.163	19.599.869

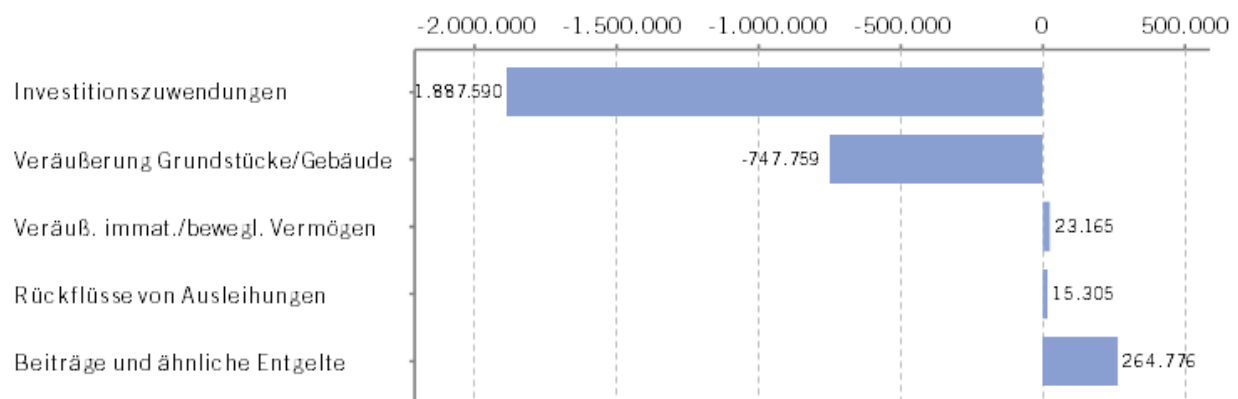
Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Investitionszuwendungen	0	5.527.500	3.639.910	3.639.910	-1.887.590
Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	0	11.300.610	10.552.851	10.552.851	-747.759
Veräußerung immaterielles und bewegliches Vermögen	0	20.000	43.165	43.165	23.165
Veräußerung von Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen	0	0	0	0	0
Rückflüsse von Ausleihungen	0	652.800	668.105	668.105	15.305
Beiträge und ähnliche Entgelte	0	0	264.776	264.776	264.776
Summe	0	17.500.910	15.168.806	15.168.806	-2.332.104

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Die Investitionszuwendungen werden in der Regel nach Baufortschritt der geförderten Bauprojekte abgerufen; d.h. ein verzögerter Baumittelabfluss bedingt einen verspäteten Abruf von Investitionszuwendungen.

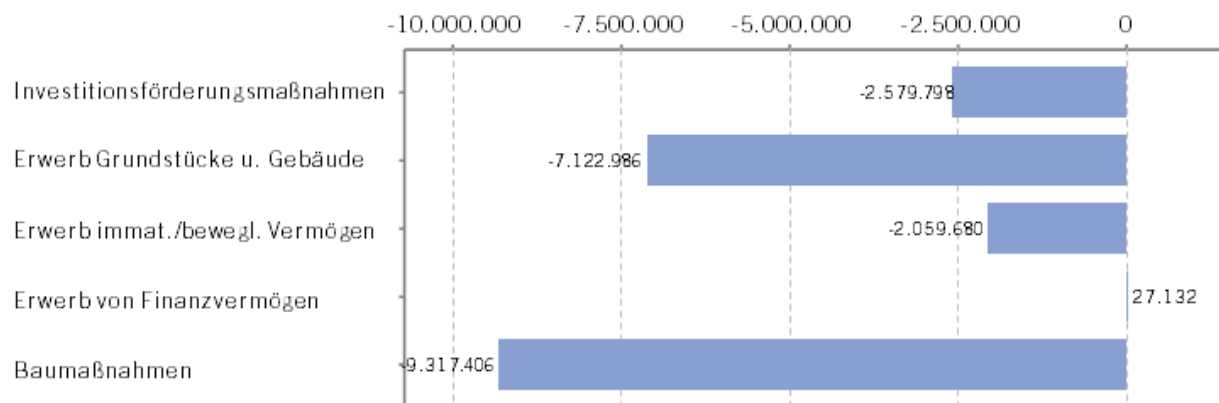
Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Auszahlungen im Rahmen der Investitionstätigkeit:

Auszahlungen für Investitionstätigkeit	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Investitionsförderungsmaßnahmen	0	4.840.000	2.260.202	2.260.202	-2.579.798
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	9.348.000	2.225.014	2.225.014	-7.122.986
Erwerb immaterielles und bewegliches Vermögen	0	4.121.600	2.061.920	2.061.920	-2.059.680
Erwerb von Finanzvermögen	0	1.600.000	1.627.132	1.627.132	27.132
Baumaßnahmen	0	29.864.600	20.547.194	20.547.194	-9.317.406
Summe	0	49.774.200	28.721.461	28.721.461	-21.052.739

Die Grafik zeigt die Abweichungen vom Planansatz in EUR:



Bei den Investitionsfördermaßnahmen gibt es verzögerte Abflüsse bei Sanierungsgebieten und Sportvereinen.

Der Grunderwerb in Sanierungs- und Entwicklungsgebieten konnte nicht wie geplant realisiert werden.

Bei den Baumaßnahmen verzögerten sich vor allem Straßenbaumaßnahmen, Naturschutz- und Grünmaßnahmen, Sportplatzbau sowie rd. 1 Mio. EUR im Hochbau.

Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

3 Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögenssituation einer Kommune zum Stichtag wieder. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung zum Vorjahr und den Anteil der Bilanzpositionen an der Bilanzsumme:

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2013 in TEUR	Anteil in %	31.12.2014 in TEUR	Anteil in %	Veränderung in TEUR
1.	Vermögen	777.494	99,92	783.705	99,61	6.211
1.1.	Immaterielles Vermögen	742	0,10	610	0,08	-132
1.2.	Sachvermögen	565.282	72,64	568.693	72,28	3.410
1.3.	Finanzvermögen	211.470	27,18	214.402	27,25	2.933
2.	Abgrenzungsposten	650	0,08	3.041	0,39	2.392
2.1.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	650	0,08	671	0,09	21
2.2.	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	0	0,00	2.370	0,30	2.370
3.	Nettoposition (nicht gedeckter Fehlbetrag)	0	0,00	0	0,00	0
	Summe Aktiva	778.144	100,00	786.747	100,00	8.603
1.	Kapitalposition	546.669	70,25	556.073	70,68	9.404
1.1.	Basiskapital	540.671	69,48	540.671	68,72	0
1.2.	Rücklagen	5.998	0,77	15.402	1,96	9.404
1.3.	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0	0,00	0	0,00	0
2.	Sonderposten	190.583	24,49	186.702	23,73	-3.881
2.1.	Sonderposten für Investitionszuweisungen	36.705	4,72	38.279	4,87	1.574
2.2.	Sonderposten für Investitionsbeiträge	149.844	19,26	143.484	18,24	-6.359
2.3.	Sonderposten für Sonstiges	4.034	0,52	4.938	0,63	905
3.	Rückstellungen	15.873	2,04	10.657	1,35	-5.216
3.1.	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	511	0,07	175	0,02	-335
3.2.	Unterhaltsvorschussrückstellungen	0	0,00	0	0,00	0
3.3.	Stilllegungs- und Nachsorge-rückstellungen für Abfalldeponien	0	0,00	0	0,00	0
3.4.	Gebührenüberschussrückstellungen	0	0,00	0	0,00	0
3.5.	Altlastensanierungsrückstellungen	0	0,00	0	0,00	0
3.6.	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und Gerichtsverfahren	573	0,07	700	0,09	128
3.7.	Sonstige Rückstellungen	14.790	1,90	9.782	1,24	-5.008
4.	Verbindlichkeiten insgesamt	13.633	1,75	21.897	2,78	8.264
4.1.	Anleihen	0	0,00	0	0,00	0
4.2.	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	12.610	1,62	12.024	1,53	-585
4.3.	Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0	0,00	0	0,00	0
4.4.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0	0,00	6.172	0,78	6.172
4.5.	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0	0,00	0	0,00	0
4.6.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.023	0,13	3.700	0,47	2.677
5.	Passive Rechnungsabgrenzung	11.387	1,46	11.418	1,45	31
	Summe Passiva	778.144	100,00	786.747	100,00	8.603

Stadt Ludwigsburg
Rechenschaftsbericht 2014

Aufteilung des Sachanlagevermögens

Auf der Aktivseite der Bilanz stellen die Sachanlagen den größten Posten dar. Nachfolgend wird das Sachanlagevermögen in seiner Zusammensetzung und in den jeweiligen Veränderungen zum Vorjahr dargestellt.

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2013 in TEUR	31.12.2014 in TEUR	Veränderung in TEUR
1.2.	Sachvermögen	565.282	568.693	3.410
1.2.1.	unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	74.766	69.385	-5.381
1.2.2.	bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	157.558	165.945	8.387
1.2.3.	Infrastrukturvermögen	311.149	304.557	-6.592
1.2.4.	Bauten auf fremden Grundstücken	477	460	-17
1.2.5.	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	44	47	3
1.2.6.	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.934	5.987	53
1.2.7.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.736	5.839	103
1.2.8.	Vorräte	501	495	-5
1.2.9.	geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.117	15.977	6.860

4 Kennzahlen

Über Kennzahlen lassen sich komplexe finanzwirtschaftliche Zusammenhänge in komprimierter Form darstellen. Die Betrachtung der Kennzahlenentwicklung im Mehrjahresverlauf ermöglicht eine finanzpolitische Beurteilung der Haushaltsentwicklung in seinen wesentlichen Ausprägungen.

4.1 Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage sowie zum Haushaltsergebnis

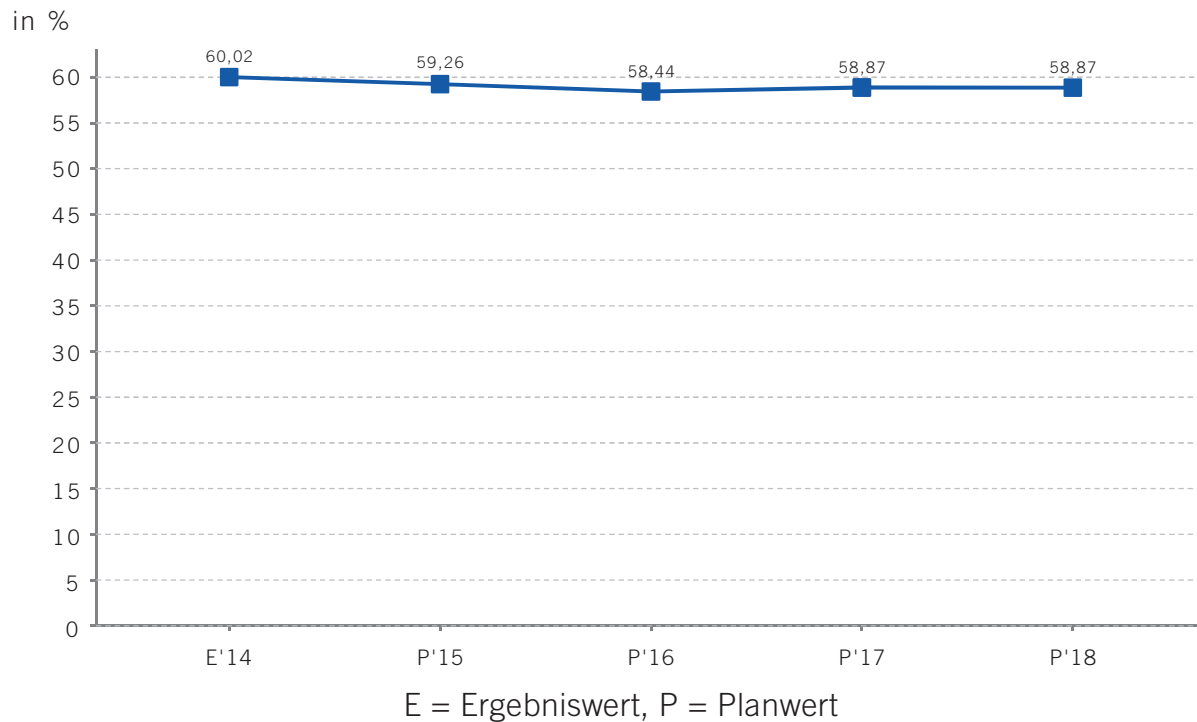
4.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Ertragsarten	Erg. 2013 in EUR	Erg. 2014 in EUR	Plan 2015 in EUR	Plan 2016 in EUR	Plan 2017 in EUR	Plan 2018 in EUR
Grundsteuer A	-	102.109	93.000	93.000	93.000	93.000
Grundsteuer B	-	14.532.343	14.700.000	14.900.000	15.100.000	15.300.000
Gewerbesteuer	-	72.494.342	70.000.000	70.000.000	70.000.000	70.000.000
Anteil Einkommensteuer	-	46.285.720	48.161.000	50.569.000	52.495.000	55.313.000
Anteil Umsatzsteuer	-	7.023.373	7.391.000	7.612.000	7.834.000	8.130.000
Vergnügungssteuer	-	2.420.462	2.450.000	2.450.000	2.450.000	2.450.000
Hundesteuer	-	287.260	282.000	282.000	282.000	282.000
Ausgleichsleistungen	-	3.718.555	3.879.000	3.995.000	4.111.000	4.228.000
Summe	-	146.864.164	146.956.000	149.901.000	152.365.000	155.796.000

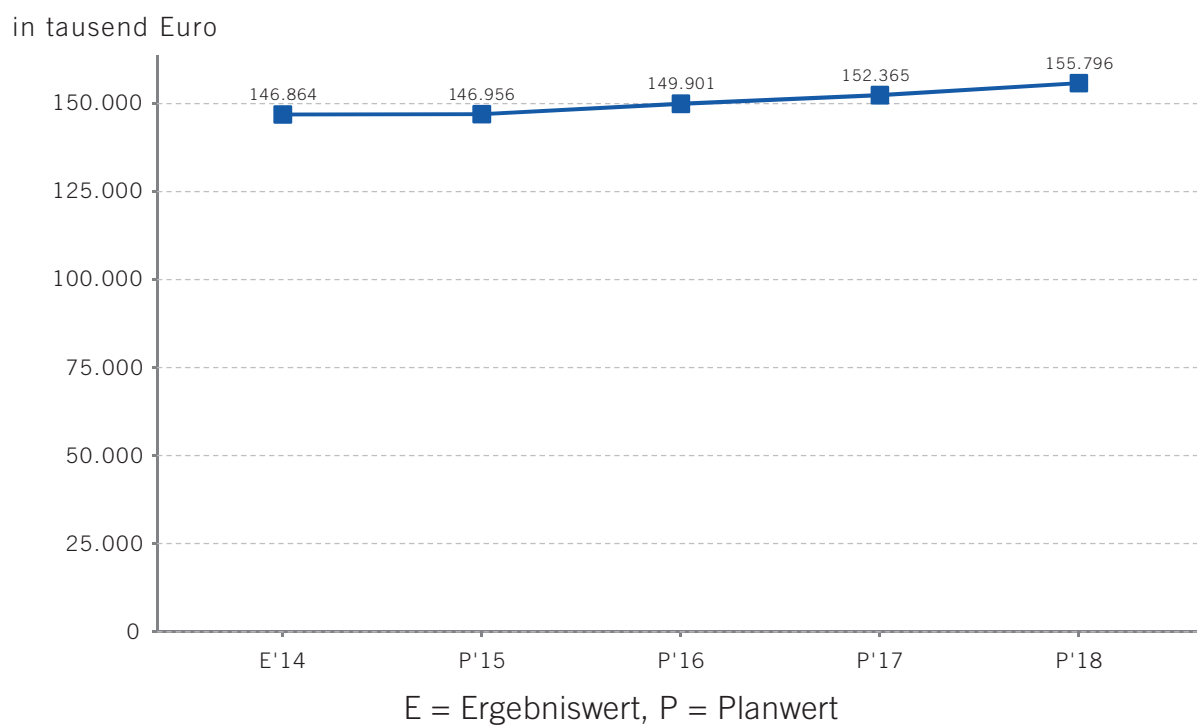
Steuerquote

Die Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Die Steuerquote bringt zum Ausdruck, in welchem prozentualen Maße die ordentlichen Erträge der Kommune aus Steuererträgen bestehen. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft ist es erforderlich, die Gewerbesteuerumlage und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen. Diese werden deshalb von den Steuererträgen als auch von den ordentlichen Erträgen bei der Berechnung der Kennzahl abgezogen.

Steuerquote im langfristigen Zeitverlauf



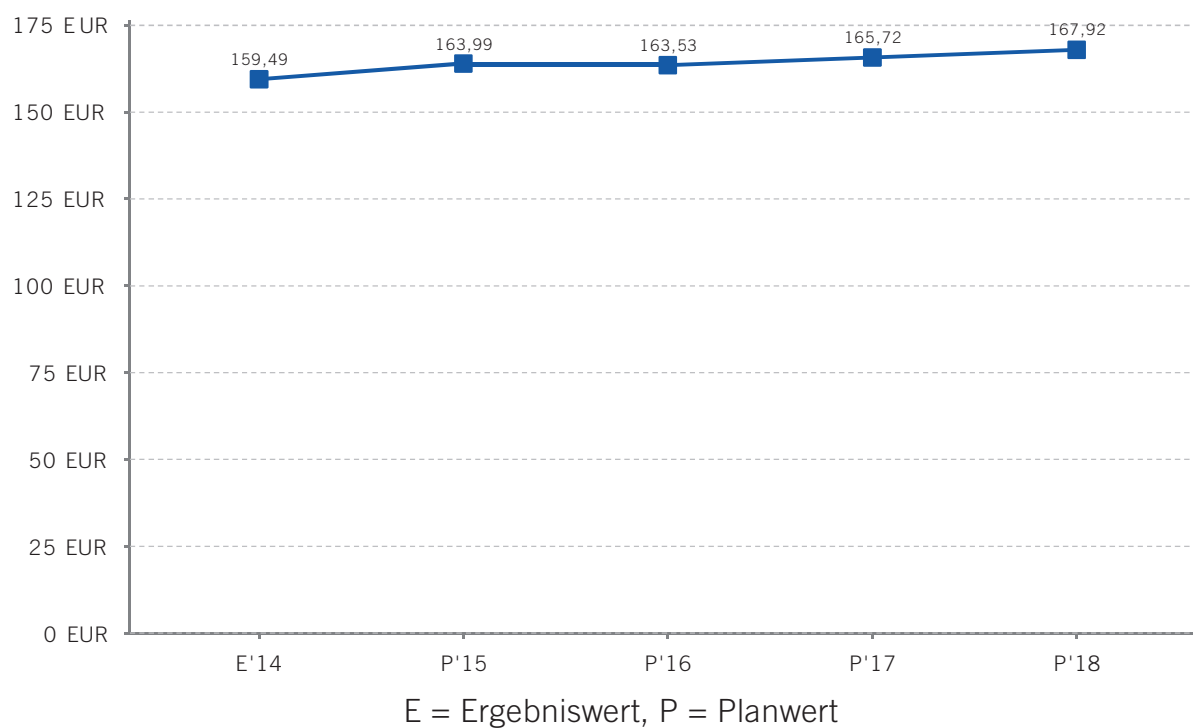
Steuererträge im langfristigen Zeitverlauf



4.1.1.1 Die Entwicklung der Realsteuern - Hebesätze und Aufkommen -

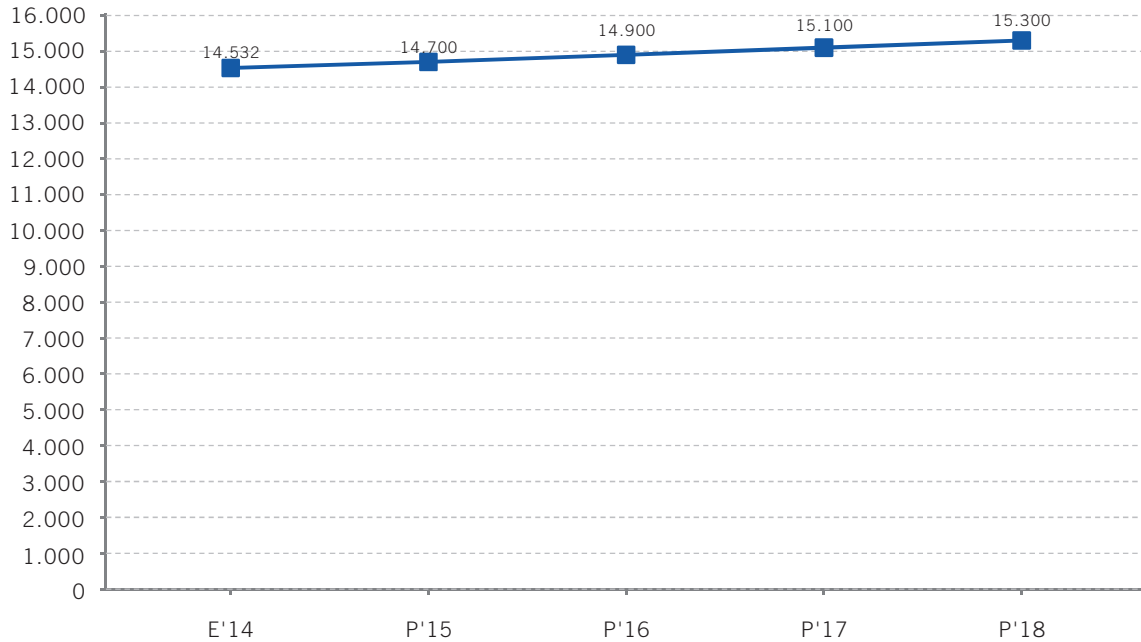
Steuerart / Hebesatz in %	2010	2011	2012	2013	2014
Grundsteuer A	360	360	360	375	375
Grundsteuer B	360	360	360	375	375
Gewerbsteuer	360	360	360	375	375

Grundsteuer B je Einwohner im langfristigen Zeitverlauf



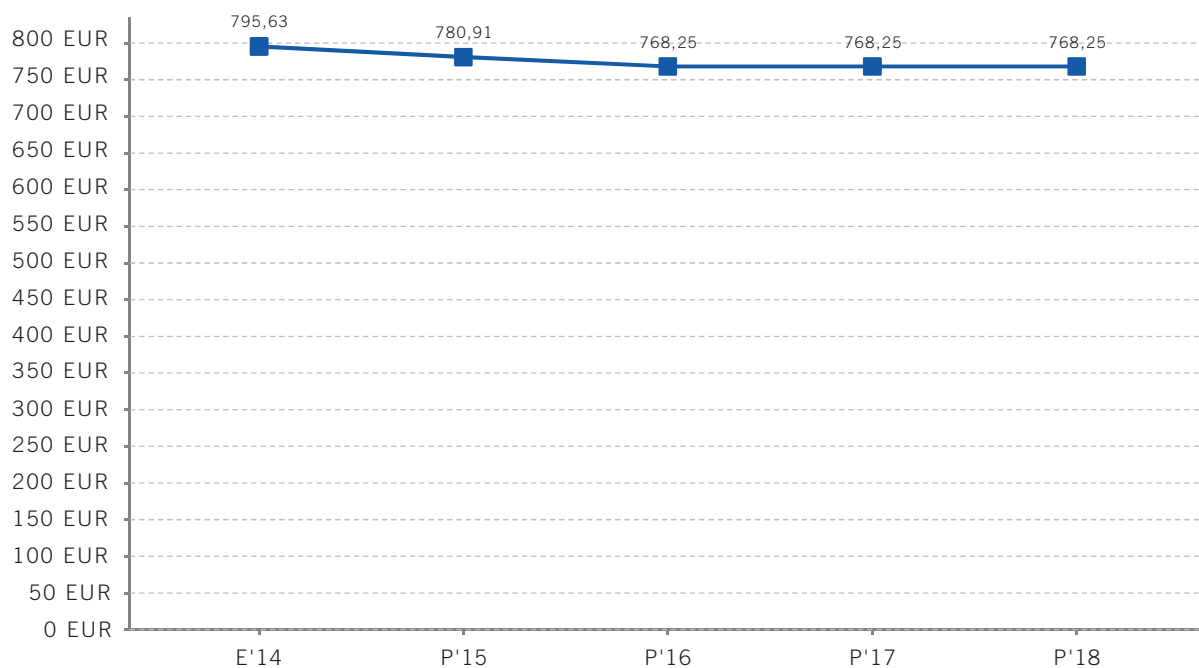
Grundsteuer B im langfristigen Zeitverlauf

in tausend Euro



E = Ergebniswert, P = Planwert

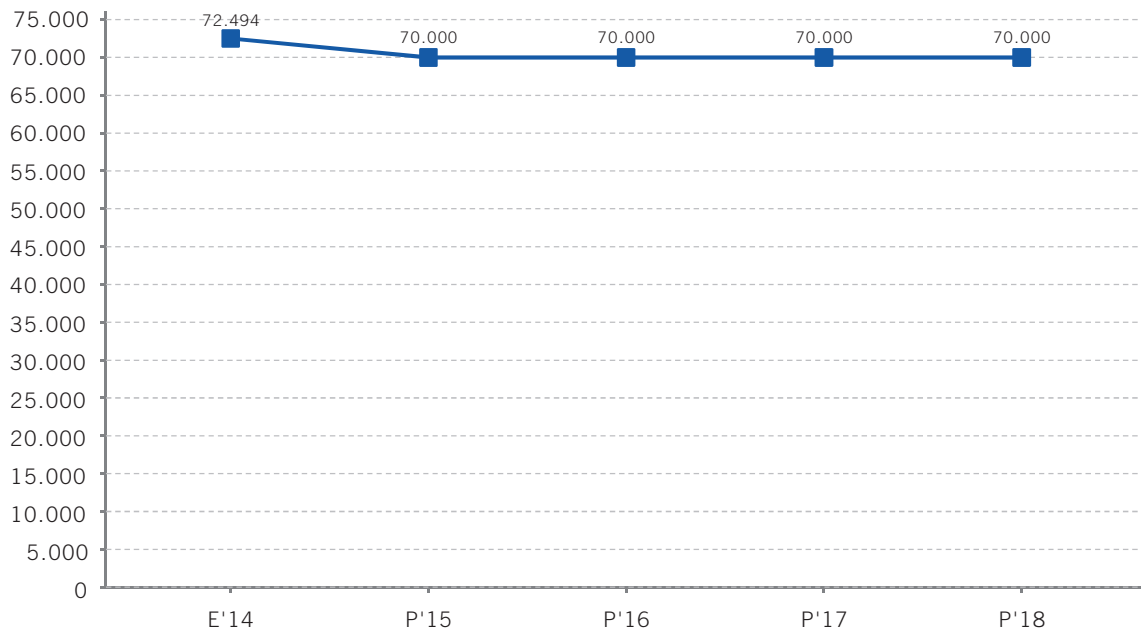
Gewerbsteuer je Einwohner im langfristigen Zeitverlauf



E = Ergebniswert, P = Planwert

Gewerbesteuer im langfristigen Zeitverlauf

in tausend Euro



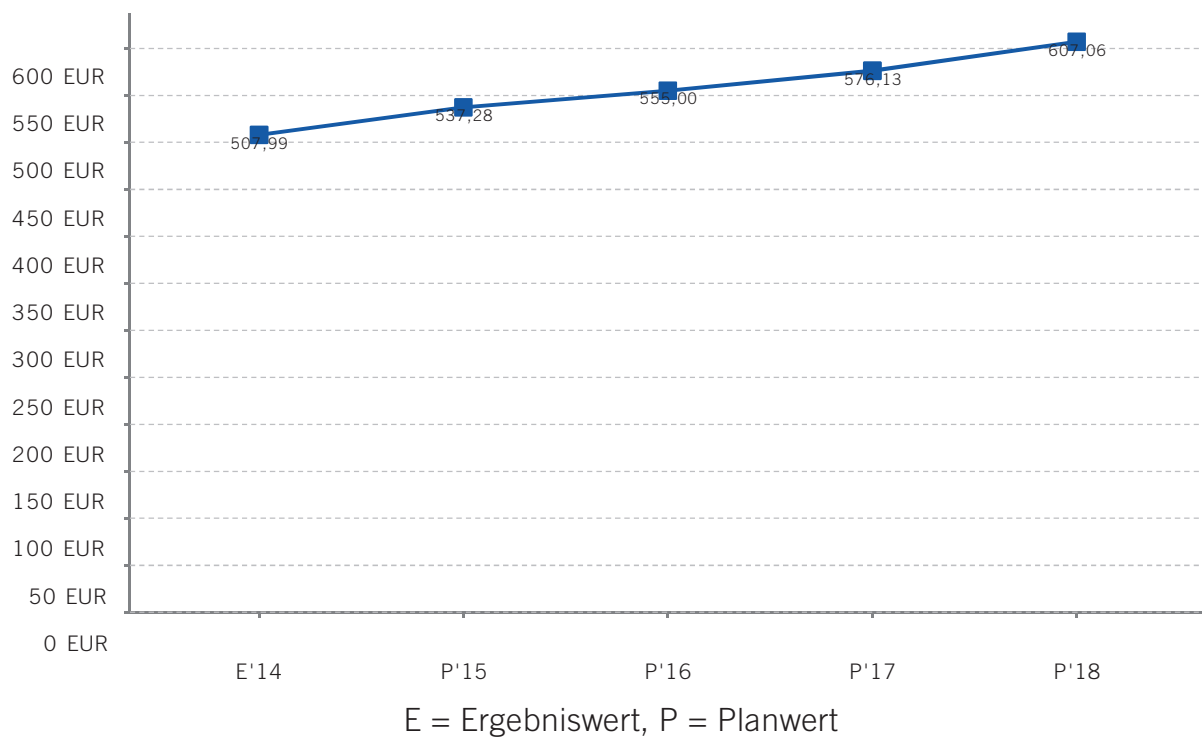
E = Ergebniswert, P = Planwert

4.1.1.2 Anteile an Gemeinschaftssteuern

Die Gemeinschaftssteuern setzen sich aus den Anteilen aus der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer zusammen:

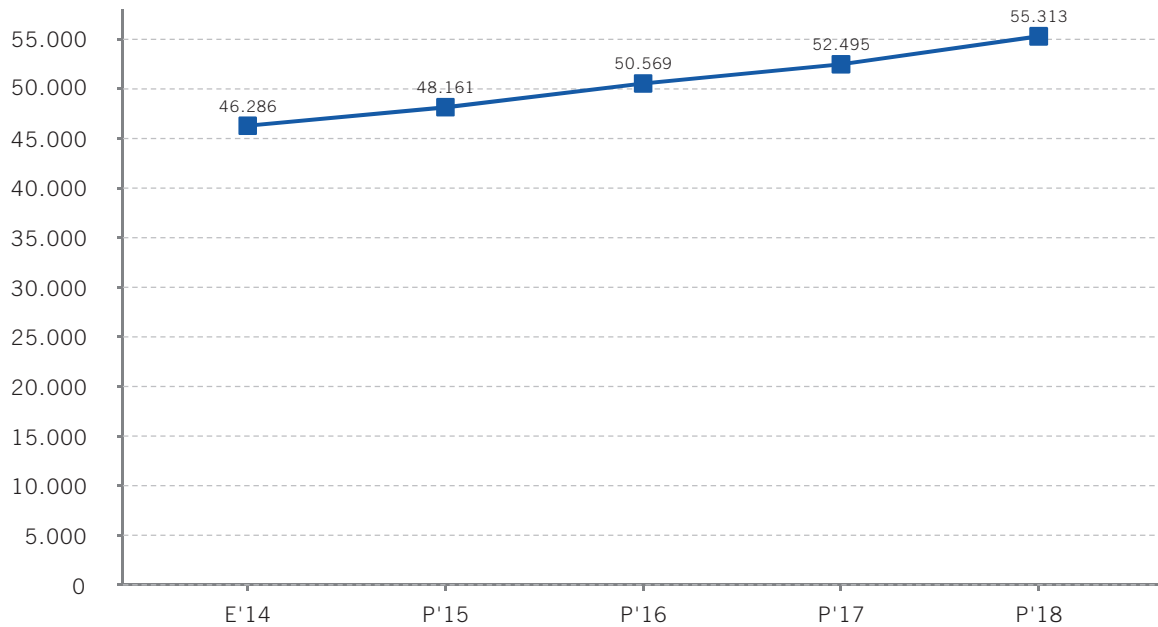
Ertragsarten	Erg. 2013 in EUR	Erg. 2014 in EUR	Plan 2015 in EUR	Plan 2016 in EUR	Plan 2017 in EUR	Plan 2018 in EUR
Anteil Umsatzsteuer	-	7.023.373	7.391.000	7.612.000	7.834.000	8.130.000
Anteil Einkommensteuer	-	46.285.720	48.161.000	50.569.000	52.495.000	55.313.000
Summe	0	53.309.093	55.552.000	58.181.000	60.329.000	63.443.000

Anteil Einkommensteuer je Einwohner im langfristigen Zeitverlauf



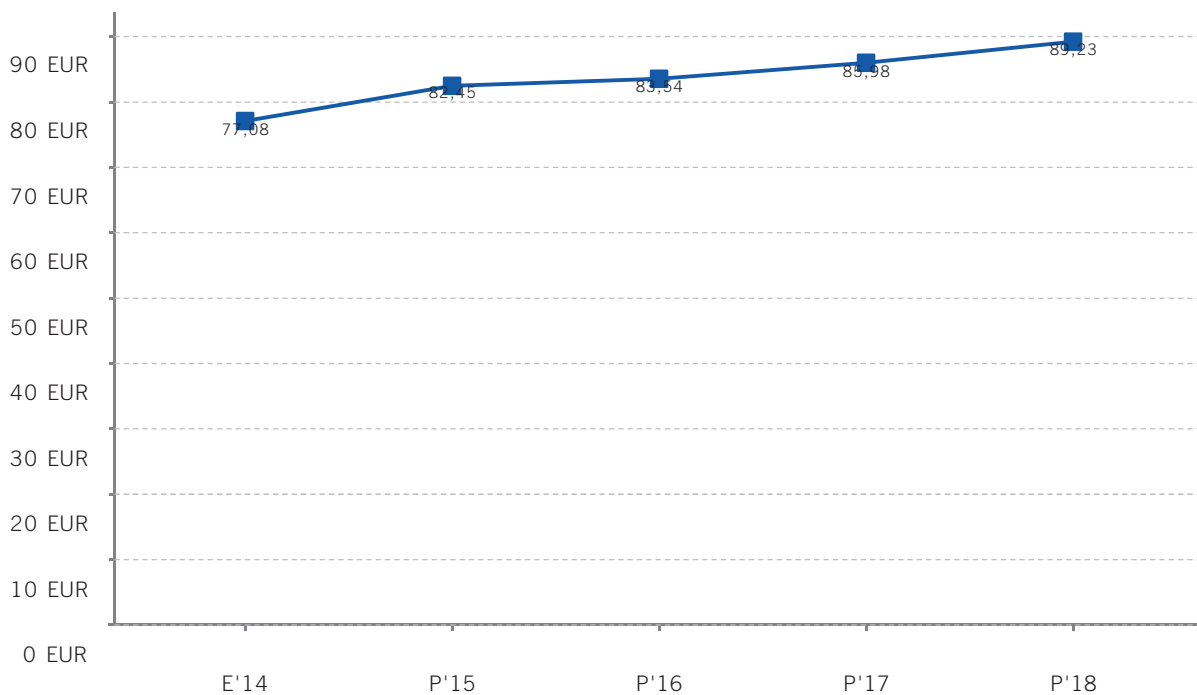
Anteil Einkommensteuer im langfristigen Zeitverlauf

in tausend Euro



E = Ergebniswert, P = Planwert

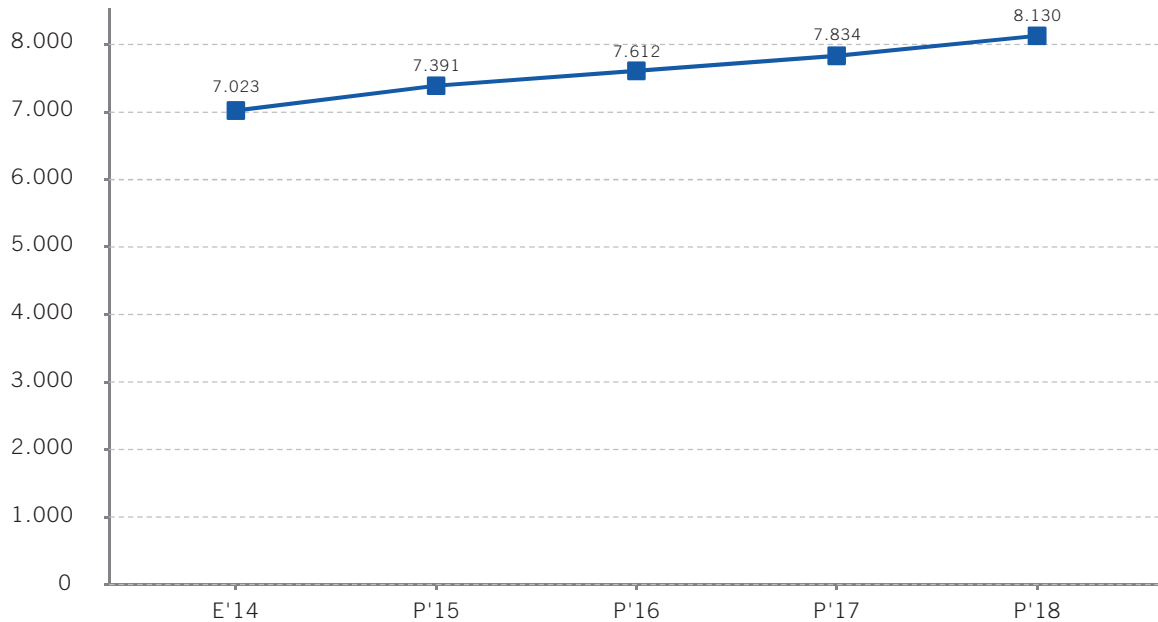
Anteil Umsatzsteuer je Einwohner im langfristigen Zeitverlauf



E = Ergebniswert, P = Planwert

Anteil Umsatzsteuer im langfristigen Zeitverlauf

in tausend Euro



E = Ergebniswert, P = Planwert

4.1.2 Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen, wobei die Schlüsselzuweisungen separat ausgewiesen werden.

Ertragsarten	Erg. 2013 in EUR	Erg. 2014 in EUR	Plan 2015 in EUR	Plan 2016 in EUR	Plan 2017 in EUR	Plan 2018 in EUR
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-	48.292.898	51.850.250	54.535.650	55.947.350	54.920.250
davon Schlüsselzuweisungen	-	29.960.451	32.593.000	35.272.000	36.377.000	34.998.000

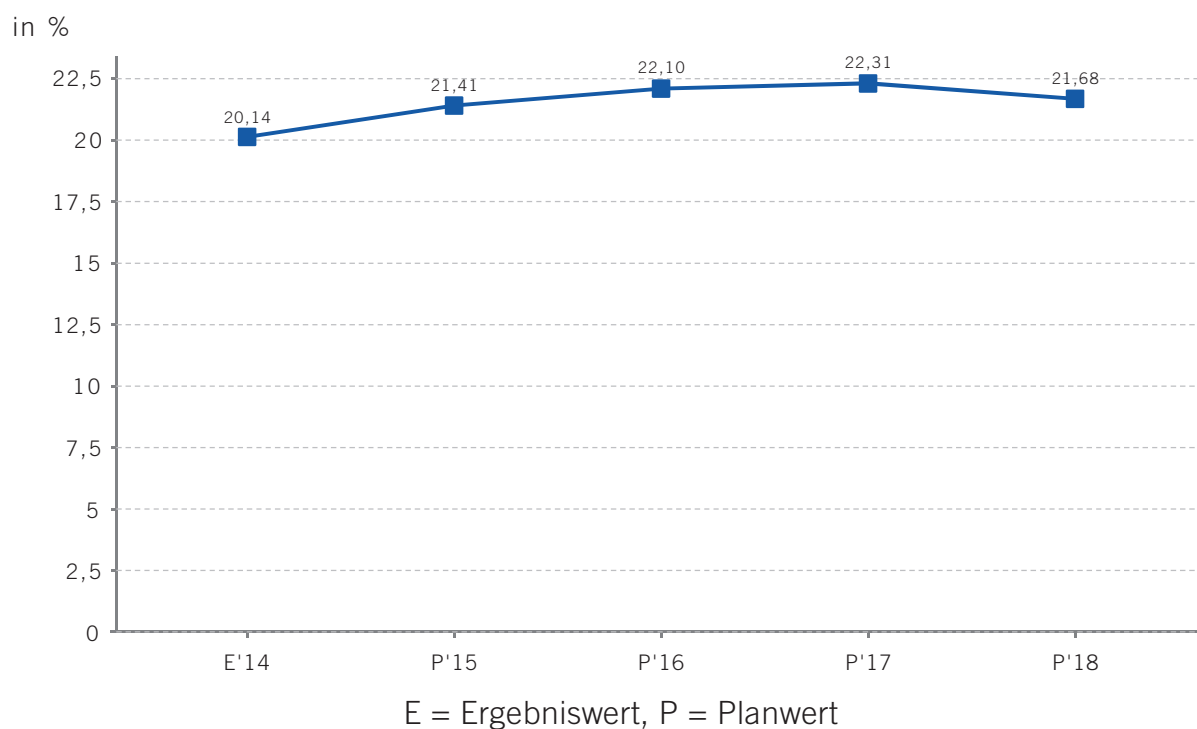
Schlüsselzuweisungen

Die Zuwendungsquote zeigt auf, wie hoch die Abhängigkeit von Zuweisungen und Zuschüssen ist. Wesentlicher Bestandteil der Erträge sind die Schlüsselzuweisungen vom Land.

Die Zuwendungsquote errechnet sich als prozentualer Anteil der Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen (ohne allgemeine Umlagen und Erträge aus der Leistungsbeileiligung des Bundes) von den ordentlichen Erträgen insgesamt.

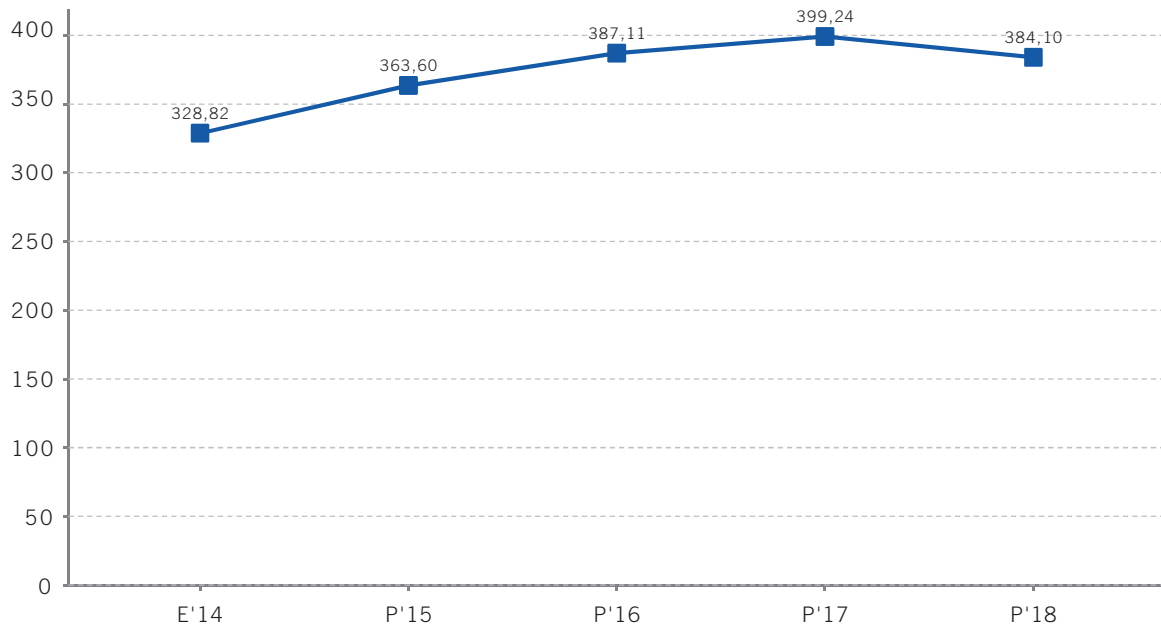
Die Zuwendungsquote korrespondiert mit der oben bereits dargestellten Steuerquote.

Zuwendungsquote im langfristigen Zeitverlauf



Schlüsselzuweisungen je Einwohner im langfristigen Zeitverlauf

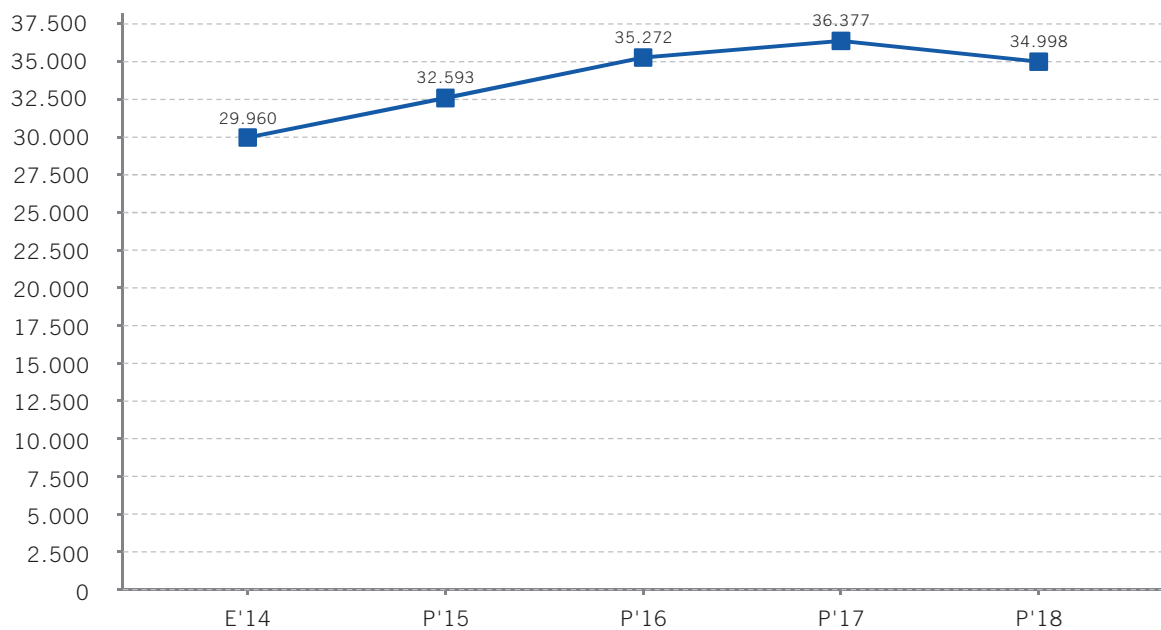
in EUR



E = Ergebniswert, P = Planwert

Schlüsselzuweisungen im langfristigen Zeitverlauf

in tausend Euro



E = Ergebniswert, P = Planwert

4.1.3 Personal- und Versorgungsaufwand

Die Personalaufwendungen entwickeln sich im Betrachtungszeitraum wie folgt:

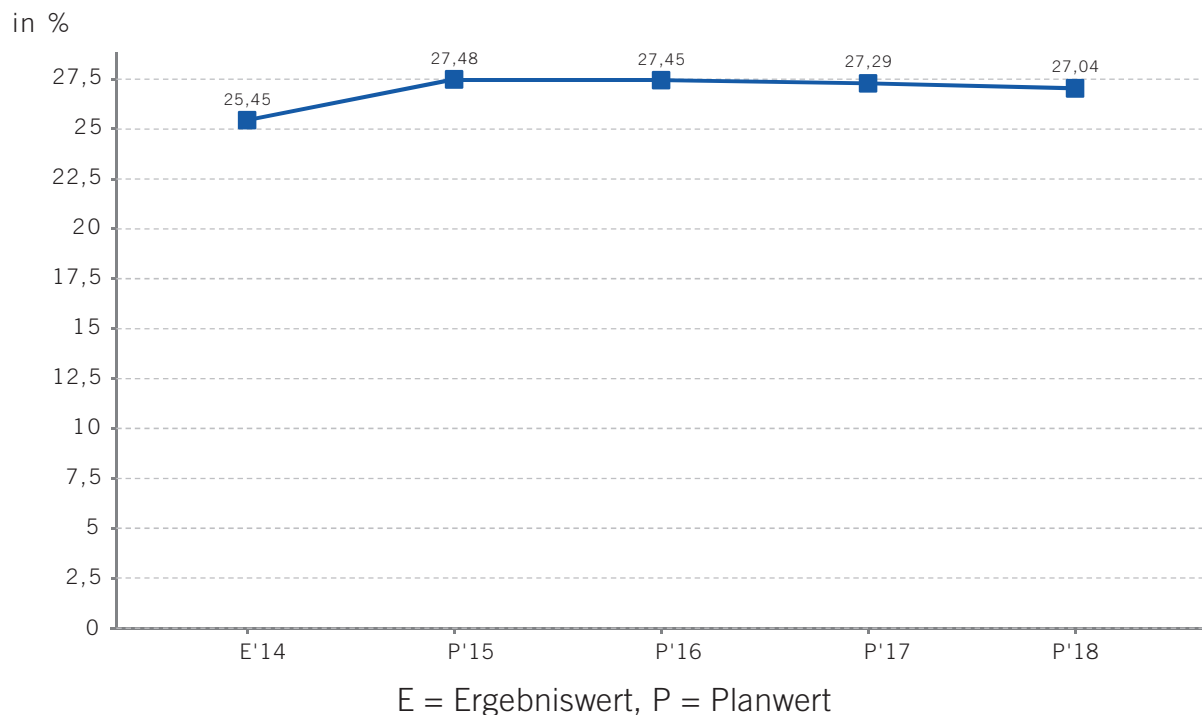
Aufwandsart	Erg. 2013 in EUR	Erg. 2014 in EUR	Plan 2015 in EUR	Plan 2016 in EUR	Plan 2017 in EUR	Plan 2018 in EUR
Personalaufwendungen	-	62.260.307	68.151.300	69.698.300	70.622.300	71.564.700
Versorgungsaufwendungen	-	863.512	880.000	900.000	900.000	900.000
Summe	-	63.123.819	69.031.300	70.598.300	71.522.300	72.464.700

Personalintensität

Die Personalintensität bildet den prozentualen Anteil der Personalaufwendungen (ohne Versorgungsaufwendungen) an den ordentlichen Aufwendungen insgesamt ab.

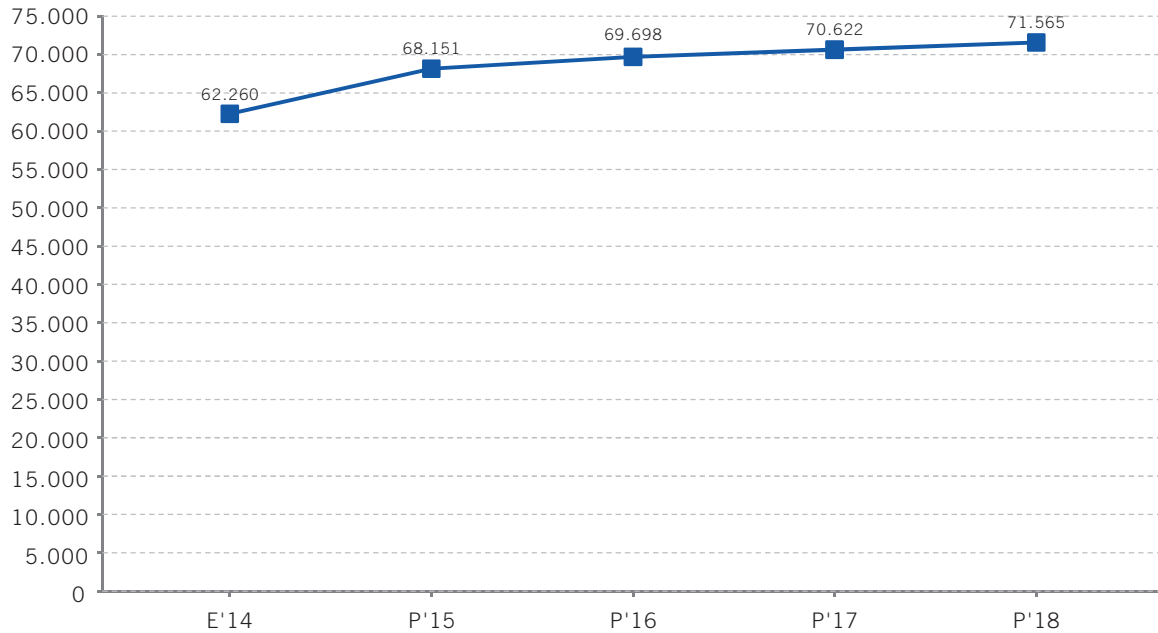
Sie ist ein Indikator dafür, welches Gewicht die Personalaufwendungen innerhalb des ordentlichen Aufwandes haben.

Personalintensität im langfristigen Zeitverlauf



Personalaufwendungen im langfristigen Zeitverlauf

in tausend Euro



E = Ergebniswert, P = Planwert

4.1.4 Sach- und Dienstleistungsaufwand

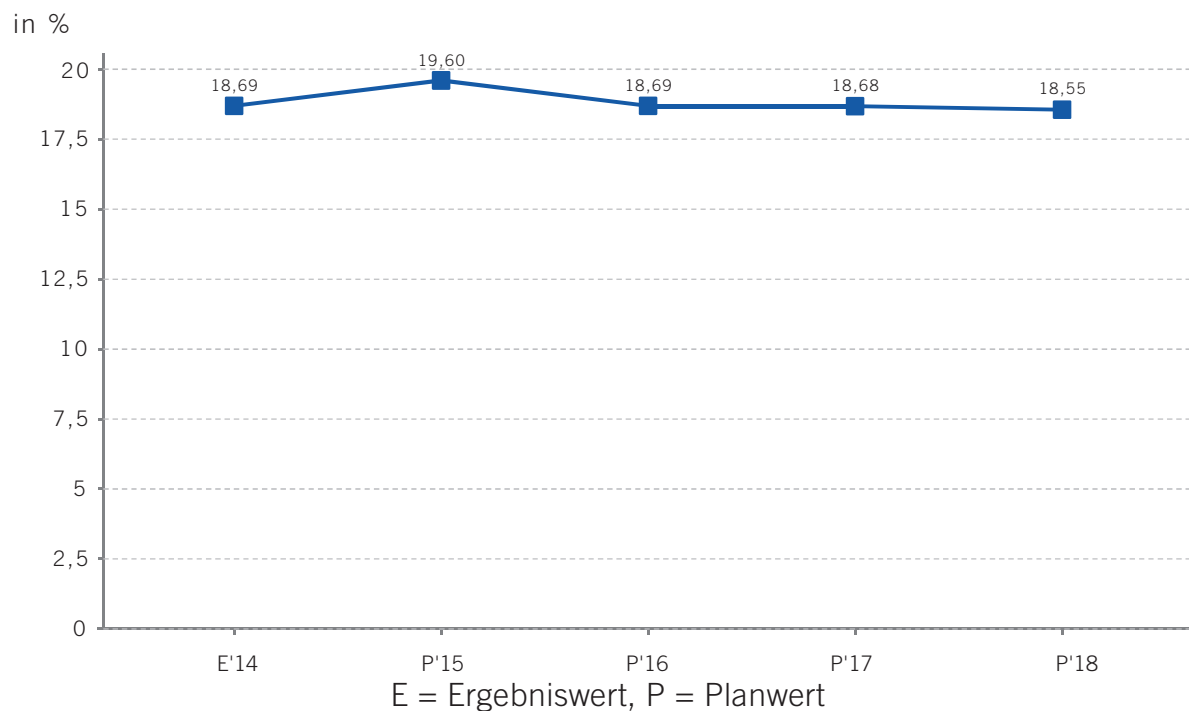
Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Aufwandsarten	Erg. 2013 in EUR	Erg. 2014 in EUR	Plan 2015 in EUR	Plan 2016 in EUR	Plan 2017 in EUR	Plan 2018 in EUR
Sach- und Dienstleistungsaufwand	-	41.188.586	40.280.301	40.739.078	41.125.280	41.949.525
sonstige ordentliche Aufwendungen	-	7.438.187	8.322.080	7.201.780	7.226.780	7.146.780
Summe	-	48.626.773	48.602.381	47.940.858	48.352.060	49.096.305

Sach- und Dienstleistungsintensität

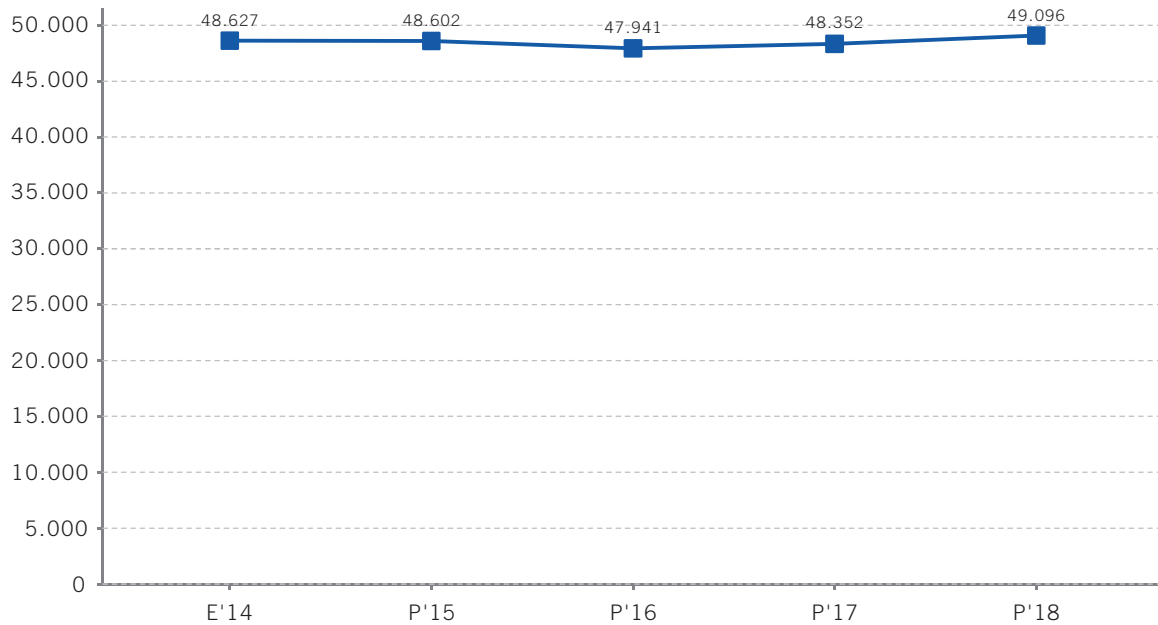
Die Kennzahl „Sach- und Dienstleistungsintensität“ lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Kommune für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat. Sie ist damit das Gegenstück zur Personalintensität. Die Sach- und Dienstleistungsintensität zeigt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ohne besondere Aufwendungen für Beschäftigte) vom ordentlichen Aufwand ist.

Sach- und Dienstleistungsintensität im langfristigen Zeitverlauf, inkl. sonstige ordentliche Aufwendungen



Sach- und Dienstleistungen im langfristigen Zeitverlauf, inkl. sonstige ordentliche Aufwendungen

in tausend Euro



E = Ergebniswert, P = Planwert

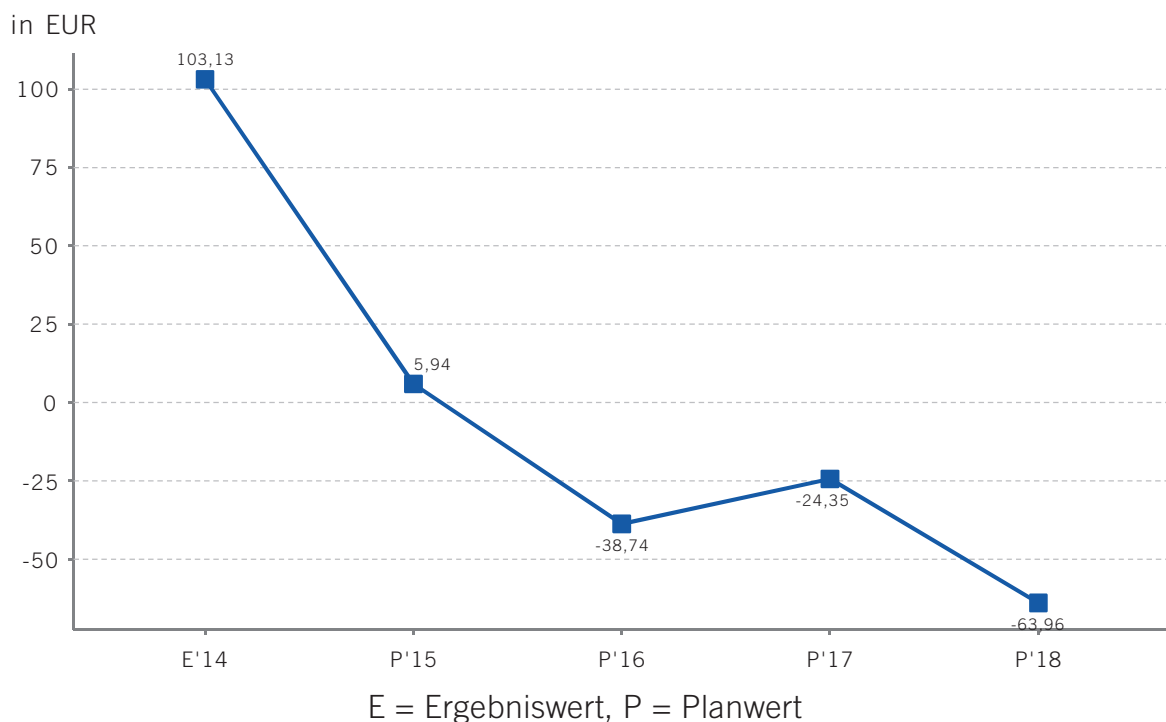
4.1.5 Haushaltsergebnis

Die Entwicklung des Ergebnisses stellt sich wie folgt dar:

Ergebnis	Erg. 2013 in TEUR	Erg. 2014 in TEUR	Plan 2015 in TEUR	Plan 2016 in TEUR	Plan 2017 in TEUR	Plan 2018 in TEUR
Ordentliches Ergebnis	0	6.673	33	-2.830	-2.219	-5.828
Sonderergebnis	0	2.724	500	700	0	0
Jahresergebnis	0	9.397	533	-2.130	-2.219	-5.828

Jahresergebnis Jahresergebnis je Einwohner

Die Kennzahl bildet das Jahresergebnis als Saldo von Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit und Sonderergebnis bezogen auf einen Einwohner ab.

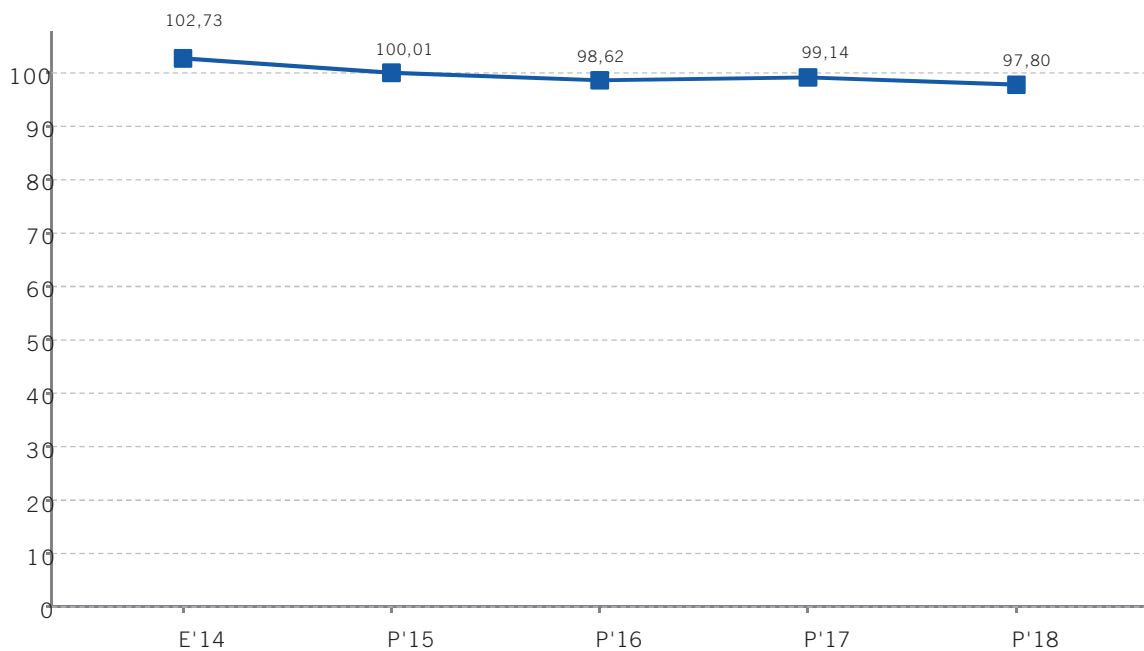


Unter Steuerungsgesichtspunkten ist nicht das Außerordentliche Ergebnis, sondern das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit relevant. Da sich dies zum Einen im Ordentlichen Ergebnis und zum Anderen im Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit widerspiegelt, werden nachfolgend auch Kennzahlen zu diesen Ergebnisgrößen dargestellt.

Ordentliches Ergebnis Aufwanddeckungsgrad

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung, d.h. einen Aufwanddeckungsgrad von 100 % oder höher, erreicht werden.

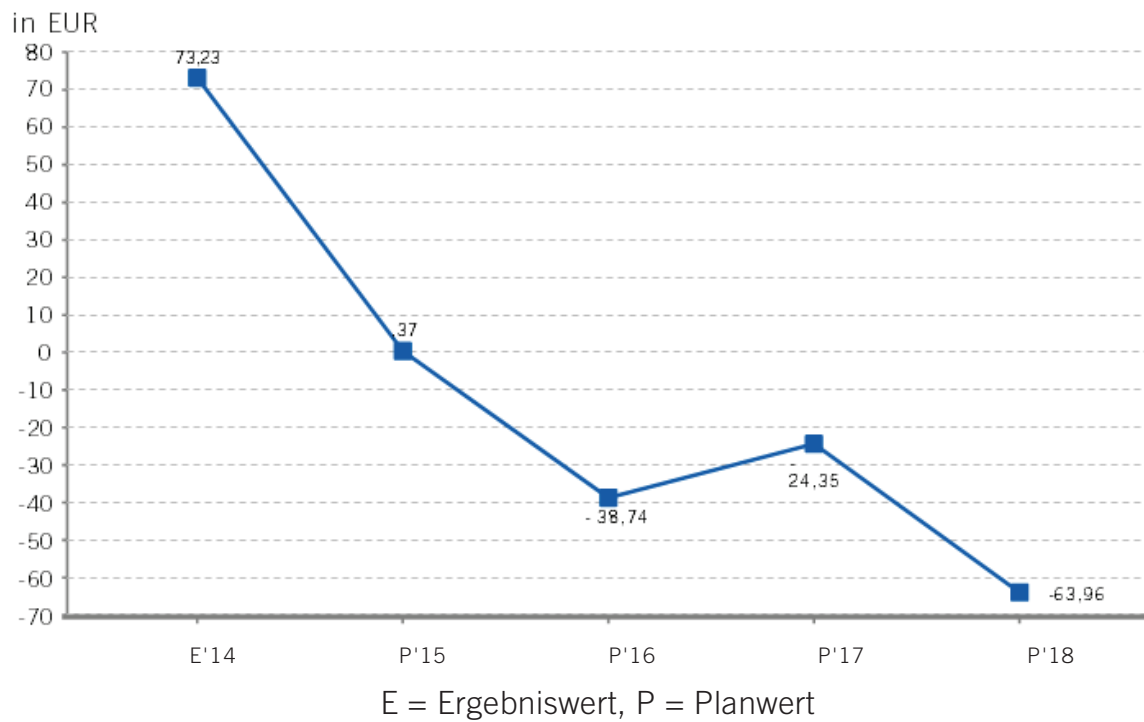
in %



E = Ergebniswert, P = Planwert

Ordentliches Ergebnis je Einwohner

Durch die Kennzahl wird deutlich, welches Ergebnis sich bezogen auf einen Einwohner darstellt. Die Kennzahl dient zur Konkretisierung des oben aufgeführten Aufwanddeckungsgrades.



Stadt Ludwigsburg

Rechenschaftsbericht 2014

Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf der Ergebnisrechnung

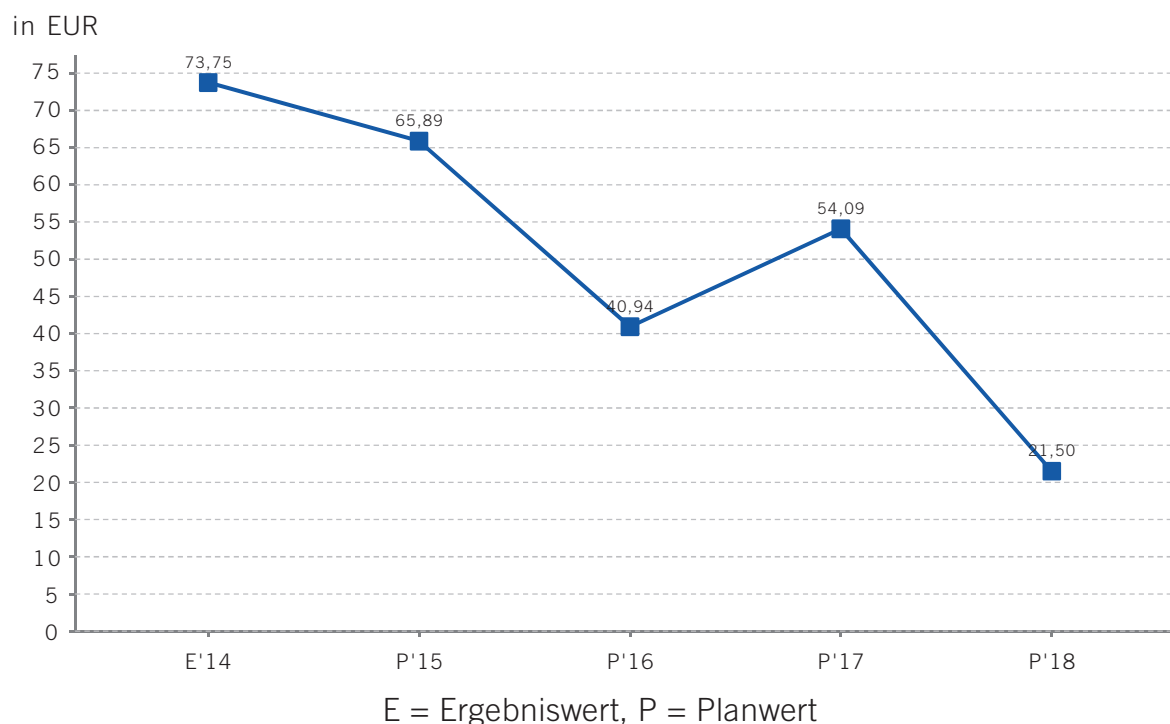
Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Zahlungsmittelüberschusses / -bedarfs der Ergebnisrechnung:

	Ergebnis 2013 in EUR	Plan 2014 in EUR	Ergebnis 2014 in EUR	Abweichung zu Ergebnis 2013	Abweichung zu Plan 2014
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	232.882.230	228.460.486	228.460.486	-4.421.744
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	226.957.972	221.740.617	221.740.617	-5.217.355
Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf der Ergebnisrechnung	0	5.924.258	6.719.869	6.719.869	795.611

Der Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf der Ergebnisrechnung ist der Saldo aus den kassenwirksamen Ein- und Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit. Er ist eine wichtige Kennzahl für die Bemessung der Leistungsfähigkeit. Zum Einen soll der Überschuss wenigstens so hoch sein, dass damit die Kredittilgung finanziert werden kann (vergleichbar der bisherigen Mindestzuführungsrate vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt), zum Anderen soll eine (Netto-)Investitionsrate zur Finanzierung der Investitionen erwirtschaftet werden.

Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf je Einwohner

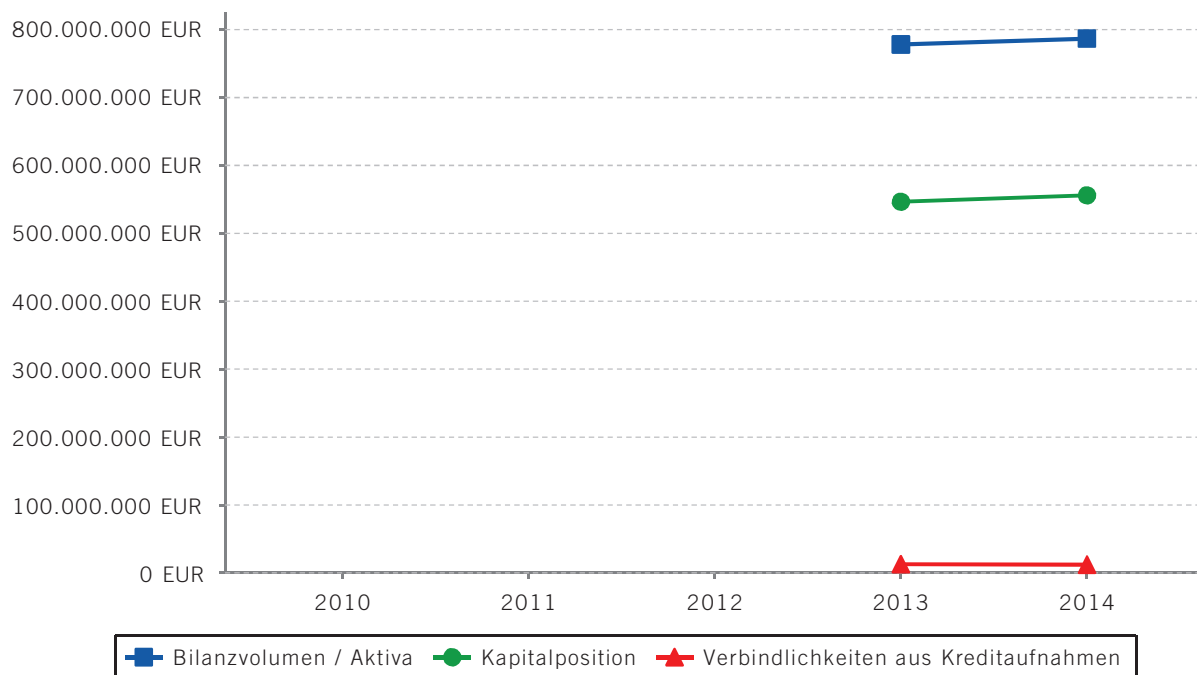
Diese Kennzahl bildet ab, wieviel Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf pro Einwohner aus der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet wird.



4.2 Kennzahlen zur Bilanz

Nachfolgendes Schaubild zeigt die wesentlichsten Entwicklungen innerhalb der Bilanz, nämlich die Entwicklung des Bilanzvolumens und dessen Finanzierung durch Eigenkapital (Kapitalposition) und Verbindlichkeiten an:

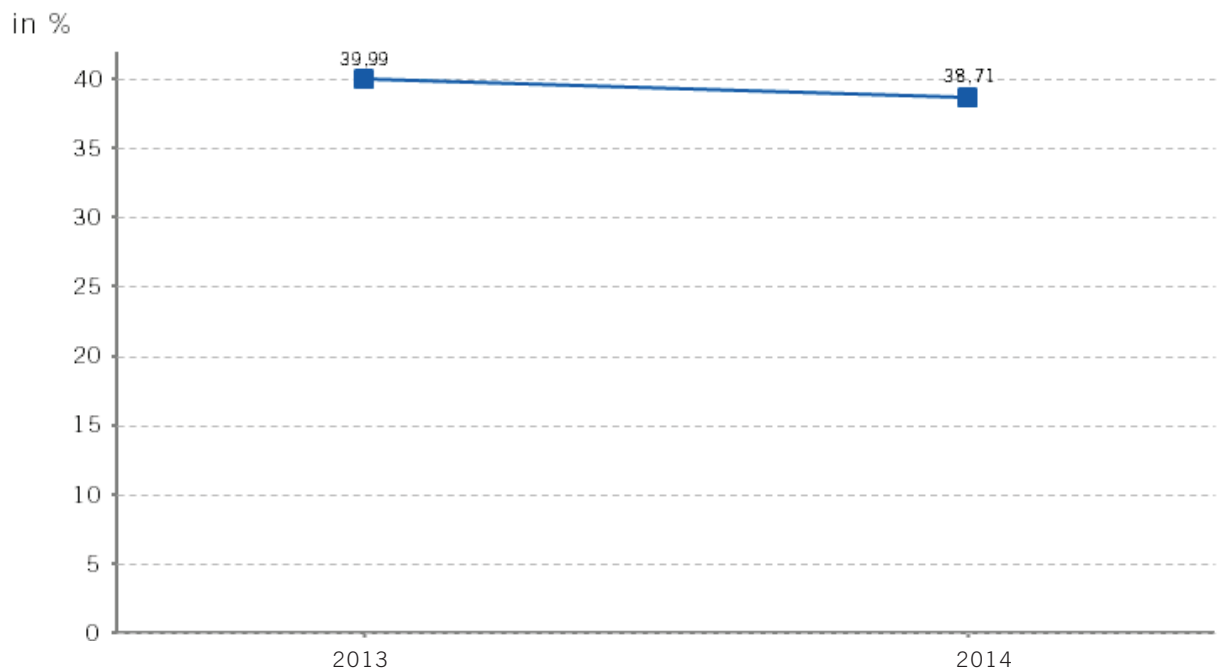
Bilanz - Entwicklung von Vermögen und Schulden



4.2.1 Kennzahlen zur Vermögenslage

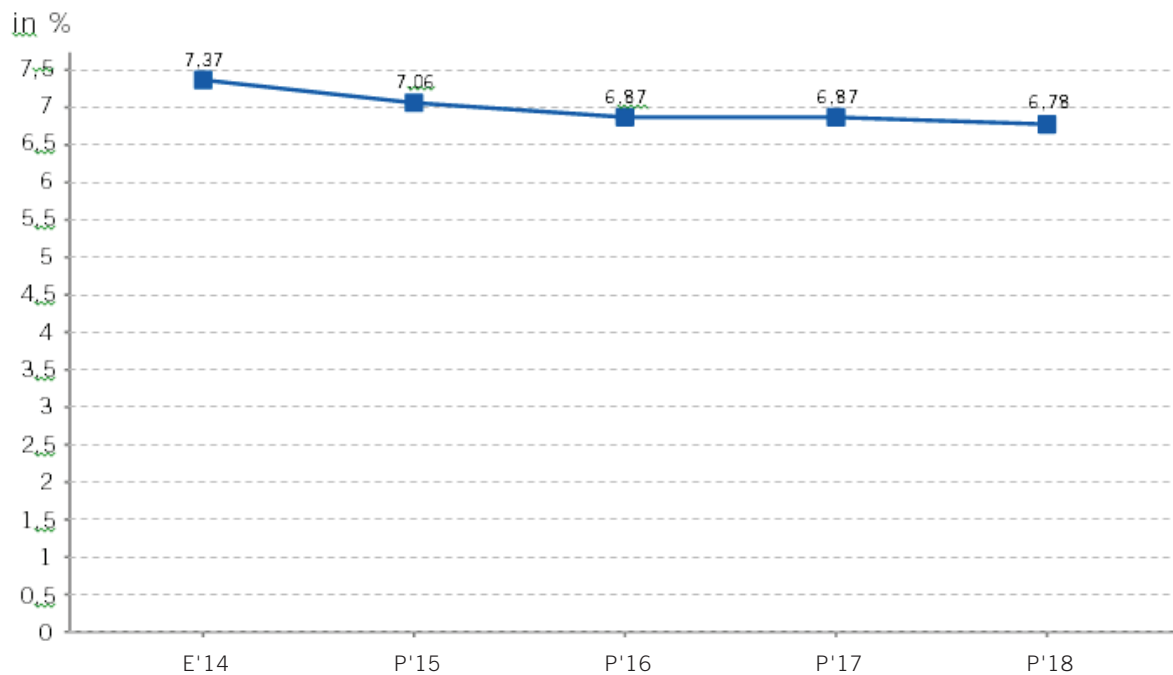
Infrastrukturquote

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, mit welchem Prozentsatz das Gesamtvermögen in der kommunalen Infrastruktur gebunden ist. Die Kennzahl kann Hinweise auf etwaige Folgebelastungen geben, die aus der Infrastruktur resultieren. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.



Abschreibungsintensität

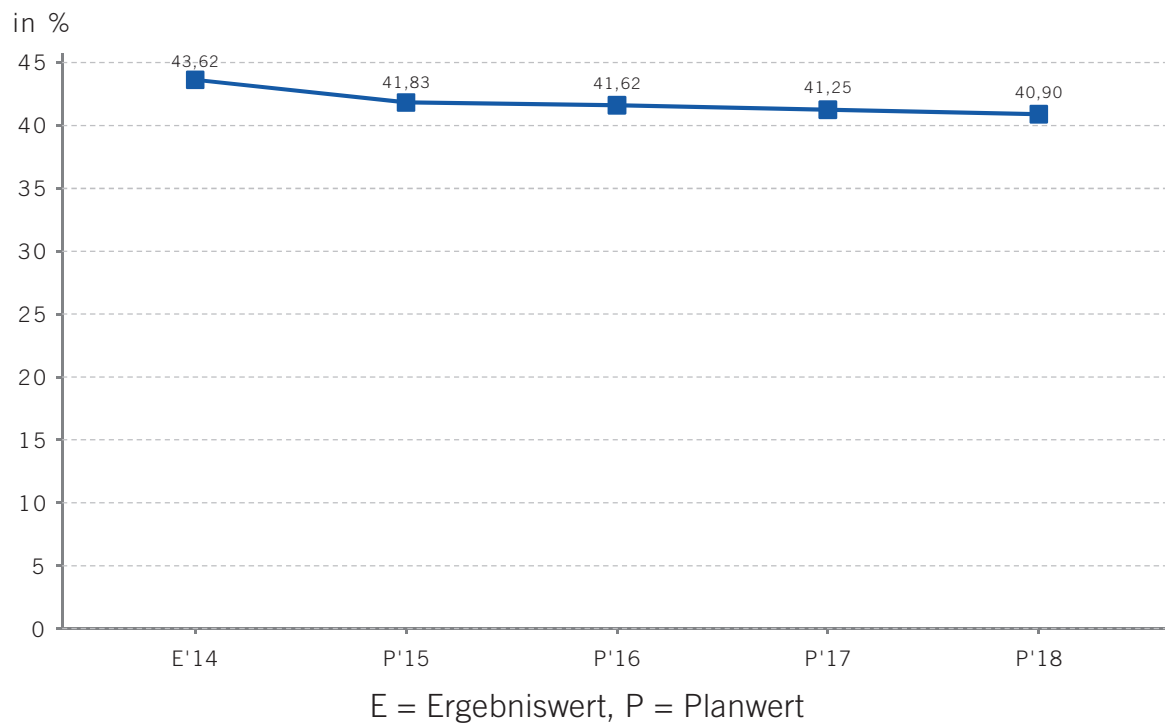
Die Kennzahl zeigt an, in welchem Umfang die Kommune durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Sie stellt den prozentualen Anteil der Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen am ordentlichen Aufwand (ohne Zinsaufwand) dar.



E = Ergebniswert, P = Planwert

Drittfinanzierungsquote

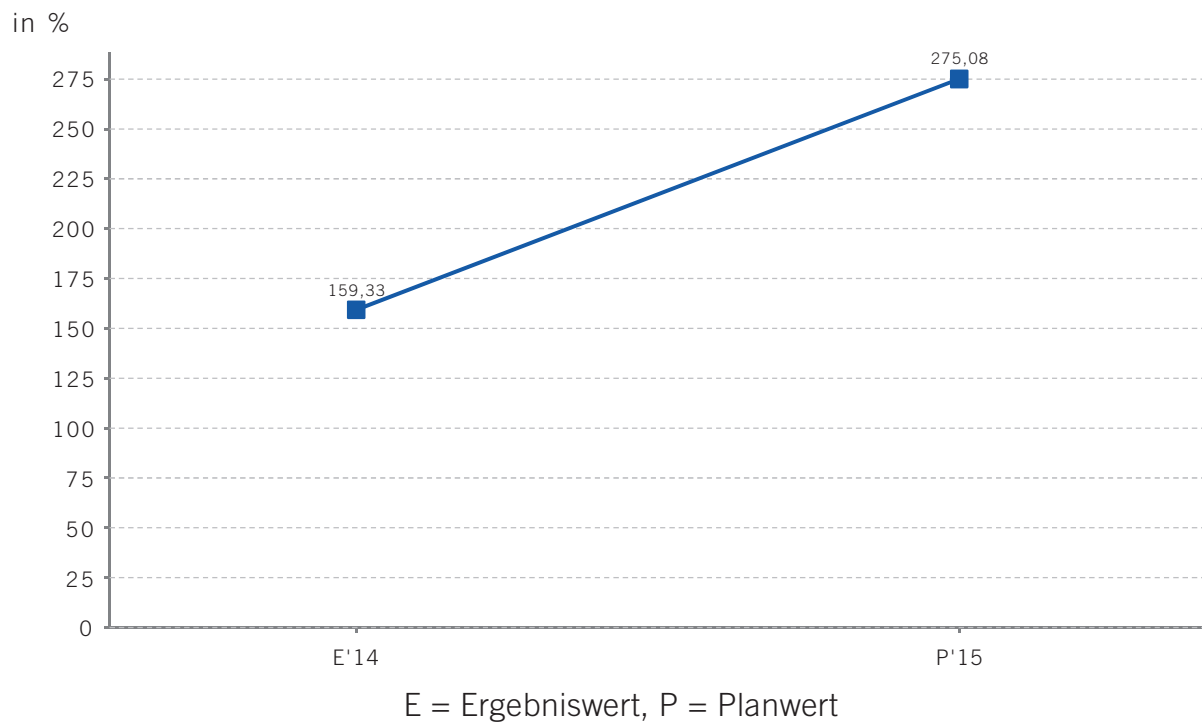
Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den Abschreibungen auf immaterielles und Sachvermögen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung des Haushaltes durch Abschreibungen abmildern. Damit wird auch deutlich, in welchem Maße Dritte an der Finanzierung des abnutzbaren Vermögens beteiligt waren.



Reinvestitionsquote

Die Kennzahl bildet den prozentualen Anteil der Brutto-Investitionen (Auszahlungen aus Investitionstätigkeit) an der Summe aus Abschreibungen auf Sachvermögen und immaterielles Vermögen ab. Sie gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.

Sie ist so zu interpretieren, dass im Ergebnis 2014 die Brutto-Investitionen um 159 % höher waren als der Wertverlust durch Abschreibungen, d.h. es gab eine Substanzmehrung.



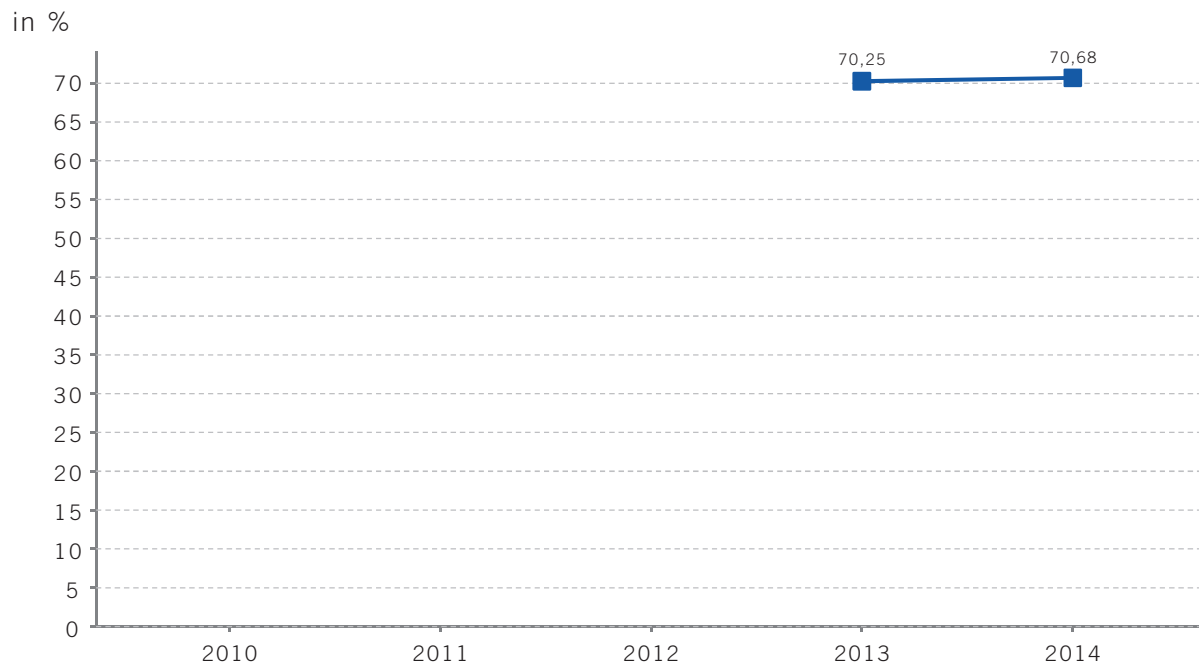
4.2.2 Kennzahlen zur Kapitalstruktur (haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation)

Neben dem Aufwanddeckungsgrad, der im Lagebericht unter Gliederungspunkt 4.1.5 Haushaltsergebnis dargestellt wurde, bieten sich noch folgende vergangenheitsorientierte Bilanzkennzahlen zur Beurteilung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation an:

Eigenkapitalquote 1

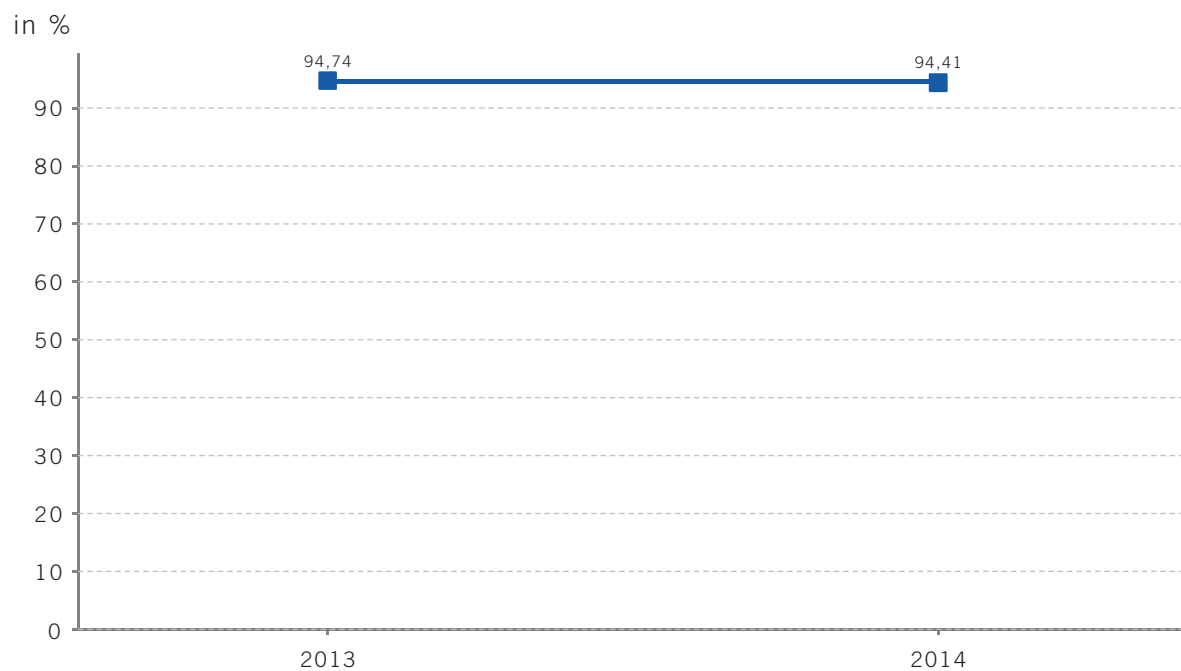
Um die Eigenkapitalausstattung beurteilen zu können, bietet sich die Betrachtung der Eigenkapitalquote 1 an. Die Eigenkapitalquote misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) der Passivseite. Je größer die Eigenkapitalquote (Kapitalposition), je weiter ist die Kommune vom gesetzlich vorgeschriebenen Überschuldungsverbot entfernt.

Eigenkapitalquote im langfristigen Zeitverlauf



Eigenkapitalquote 2

Die Eigenkapitalquote 2 misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird bei dieser Kennzahl die Wertgröße Eigenkapital (Kapitalposition) um die Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge erweitert. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.

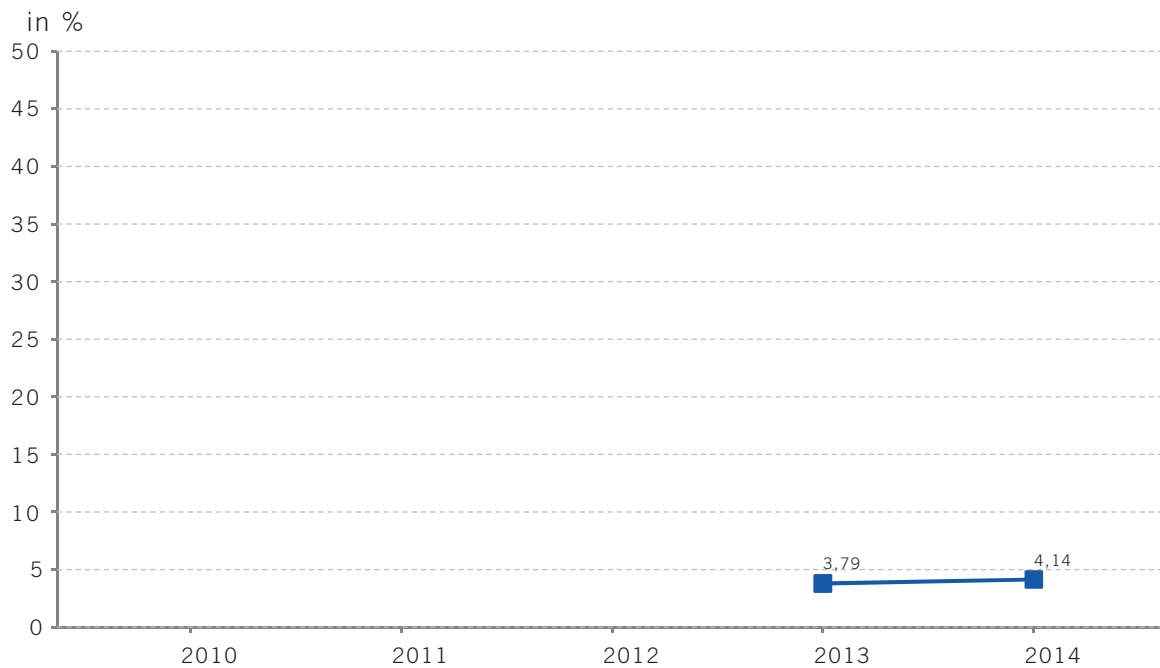


4.2.3 Kennzahlen zur Finanzstruktur und Verschuldung

Verschuldungsgrad

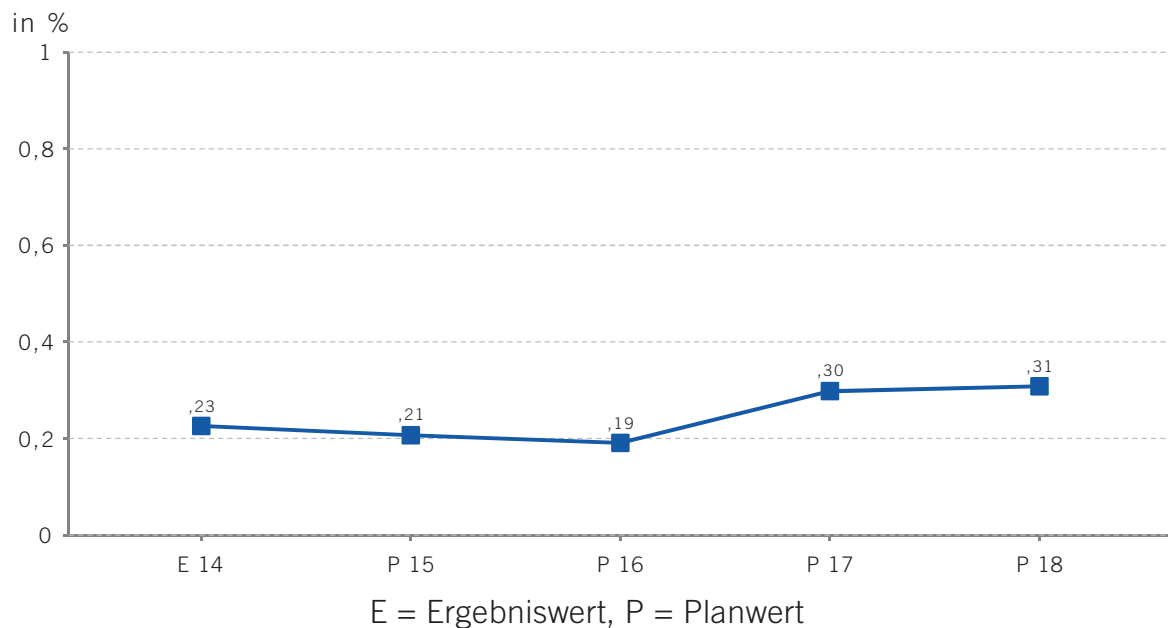
Der Verschuldungsgrad zeigt den prozentualen Anteil der bilanziellen Verbindlichkeiten am bilanziellen Eigenkapital an. Die Kennzahl bildet also das Verhältnis von Verbindlichkeiten zum Eigenkapital ab. Liegt der Verschuldungsgrad über 100% übersteigen die Verbindlichkeiten das ausgewiesene Eigenkapital. Es handelt sich um eine Bilanzkennzahl, die nur vergangenheitsorientiert abgebildet werden kann.

Verschuldungsgrad im langfristigen Zeitverlauf



Zinslastquote

Die Kennzahl stellt die Finanzaufwendungen (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen) ins Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen. Die Zinslastquote zeigt, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen des operativen Verwaltungsgeschäftes besteht.



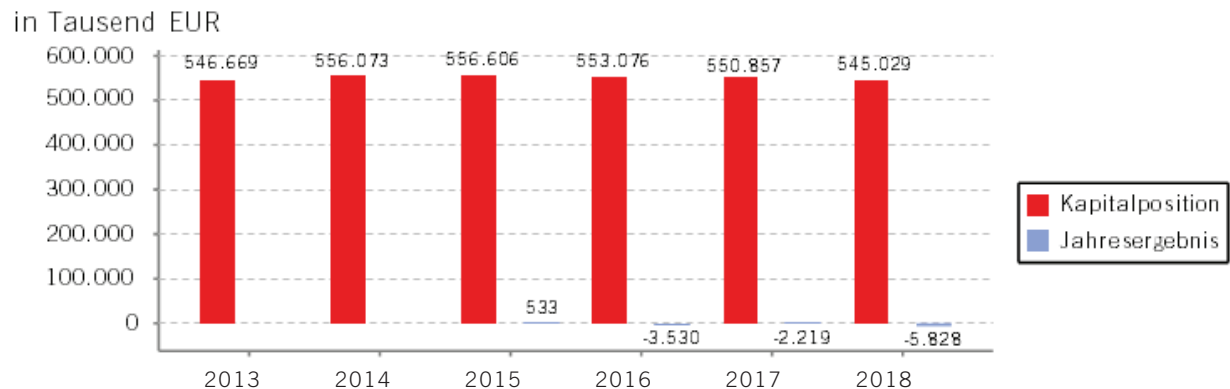
5 Prognosebericht - Risiken und Chancen

Nach § 54 GemHVO BW ist im Rechenschaftsbericht auch auf die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung einzugehen.

5.1 Entwicklung von Jahresergebnis und Kapitalposition

Ausgehend von den Jahresergebnissen lassen sich Prognosen zur voraussichtlichen Entwicklung der bilanziellen Kapitalposition ableiten. Grundsätzlich gilt: Überschüsse stärken die Kapitalposition und Fehlbeträge gehen zu Lasten der Kapitalposition.

Nachfolgend wird die voraussichtliche Entwicklung der Kapitalposition unter Berücksichtigung der zu erwartenden Jahresergebnisse im mittelfristigen Planungszeitraum abgebildet. Im Zuge dieser Prognose bleiben mögliche Erträge und Aufwendungen aus Verrechnungen mit den Ergebniserücklagen außen vor. Hierbei handelt es sich um Wertveränderungen bei Finanz- und Sachanlagevermögen, also Erträge aus Veräußerung von Vermögen und Verluste aus Abgang von Vermögen, die direkt mit der Ergebniserücklage verrechnet werden und nicht in das Jahresergebnis einfließen.

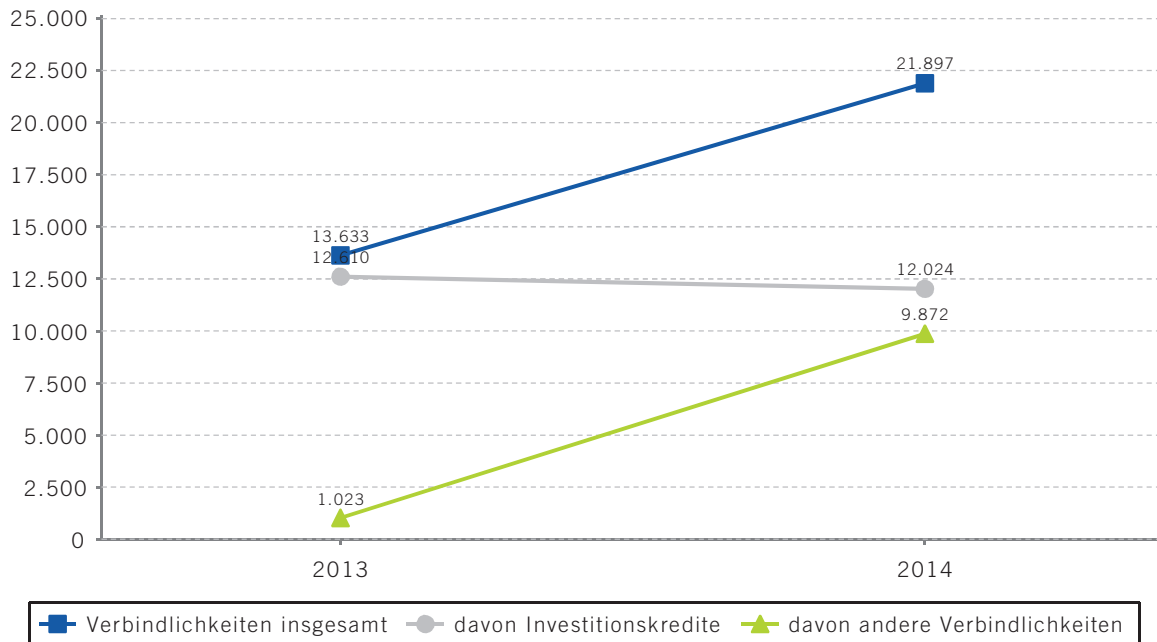


5.2 Entwicklung der Verschuldung

Das Jahresergebnis hat ebenso Auswirkungen auf die Verschuldung. Dargestellt wird die Entwicklung der Verschuldung in den zurückliegenden Perioden, wobei insbesondere nach langfristig finanzierten Investitionskrediten und kurzfristigen Liquiditätskrediten unterschieden wird.

	Erg 2010 in TEUR	Erg 2011 in TEUR	Erg 2012 in TEUR	Erg 2013 in TEUR	Erg 2014 in TEUR	Verän- derung in %
Verbindlichkeiten insgesamt	0	0	0	13.633	21.897	60,62
davon Investitionskredite	0	0	0	12.610	12.024	-4,64
davon Liquiditätskredite	0	0	0	0	0	-
davon andere Verbindlichkeiten	0	0	0	1.023	9.872	865,31

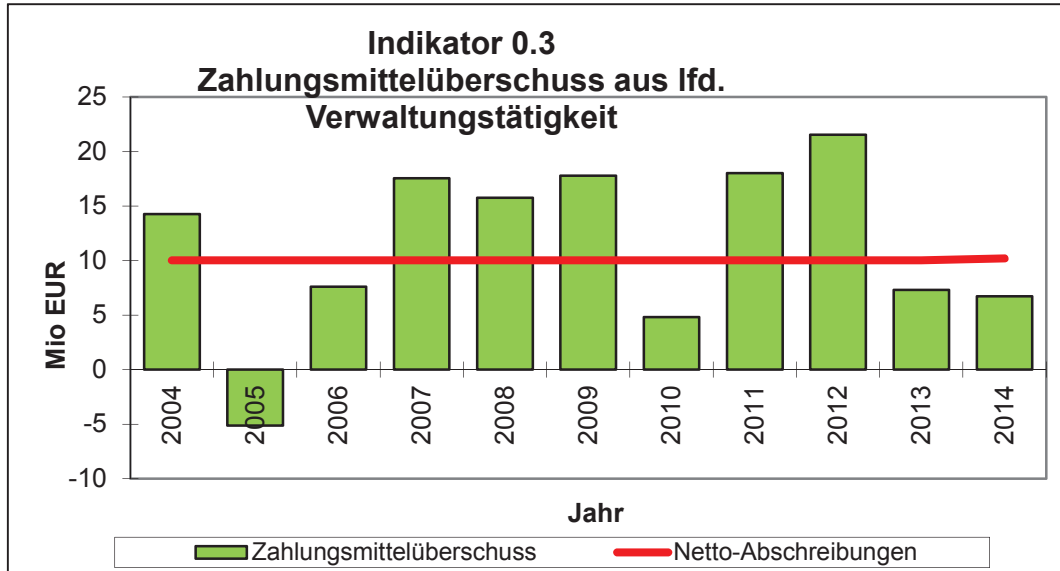
In Tausend Euro:



Der Anstieg bei den sonstigen Verbindlichkeiten ist auf den Umstand zurückzuführen, dass Ende 2014 erstmals Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von rd. 6,2 Mio. EUR entstanden. Durch den Umstieg auf die komm. Doppik wurden von 2013 nach 2014 keine sog. Kassenausgabereste übertragen.

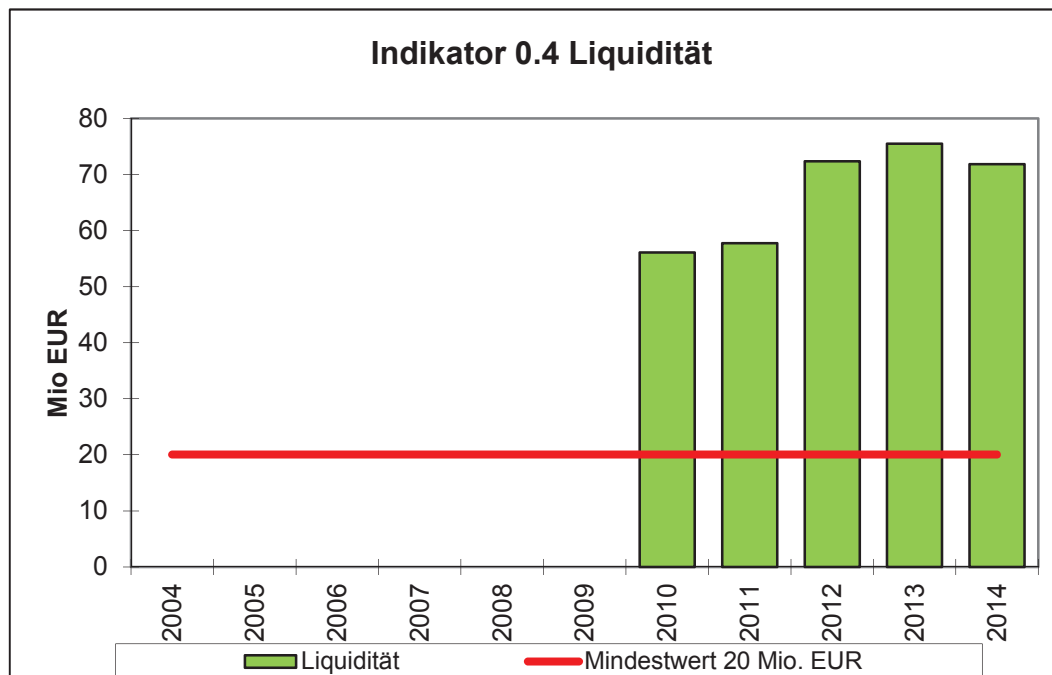
6 Entwicklung der Finanzindikatoren

Anm.: Das Stadtentwicklungskonzept der Stadt Ludwigsburg sieht vor, über Indikatoren Entwicklungen aufzuzeigen. Es wurden die nachfolgenden vier Finanzindikatoren definiert:



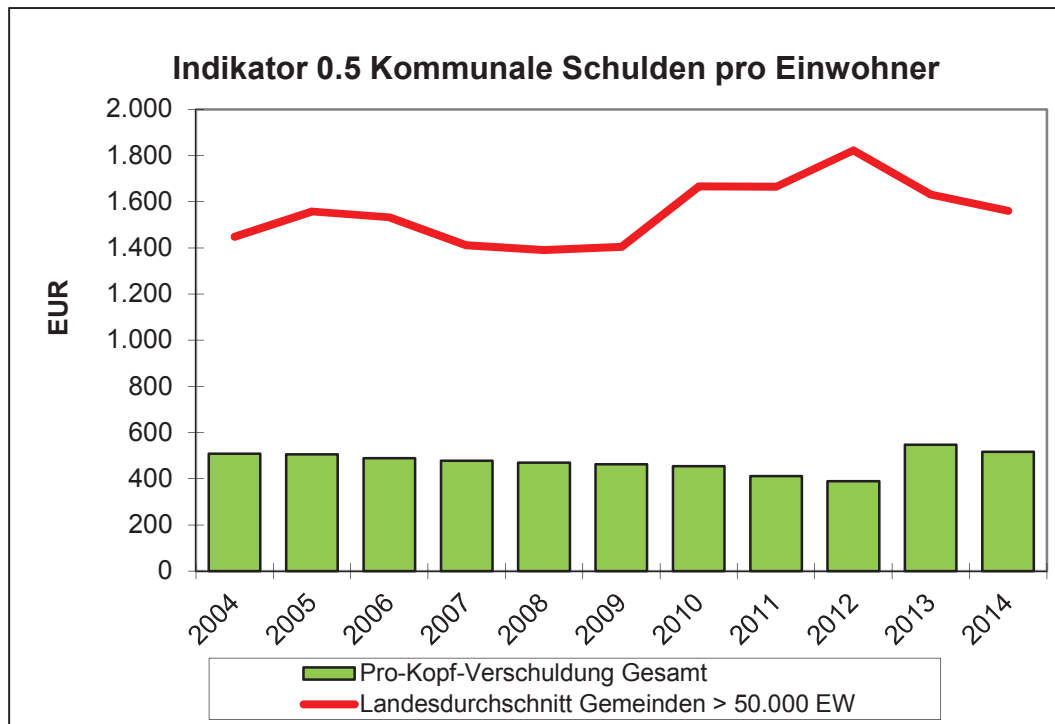
Zielvorgabe: Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit soll mindestens so hoch sein wie die Nettoabschreibungen aus Sach- und immateriellen Vermögen (ohne aufgelöste Ertragszuschüsse)

Ergebnis : Der Zahlungsmittelüberschuss 2014 lag um -3.459.280 EUR unter den Nettoabschreibungen



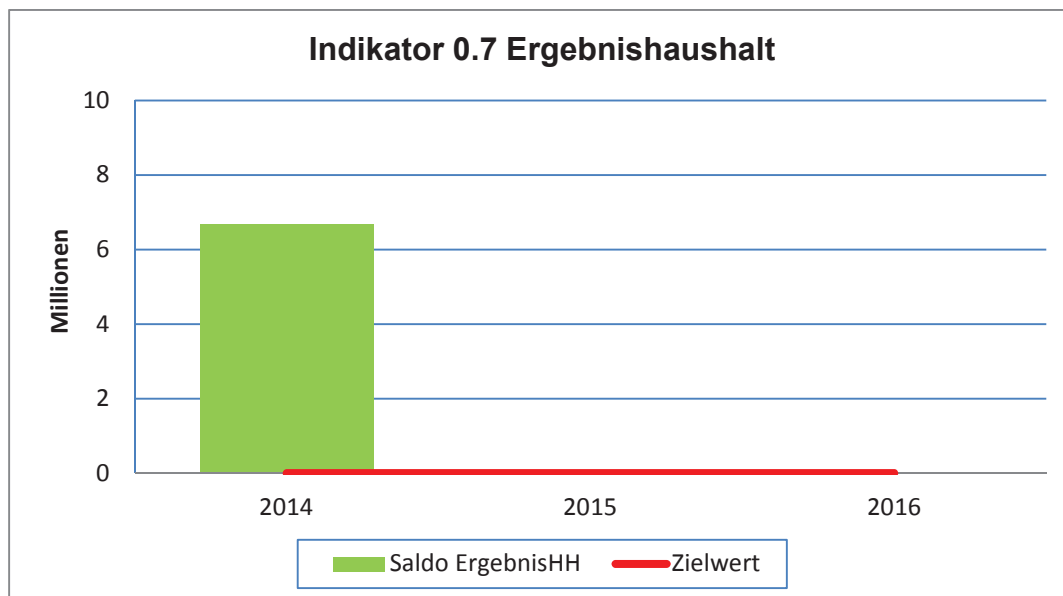
Zielvorgabe: Eine Mindestliquidität von 20 Mio. EUR soll nicht unterschritten werden

Ergebnis : Die Liquidität auf Jahresende 2014 lag um 51.853.607 EUR über der Zielvorgabe



Zielvorgabe: Die kommunalen Schulden je Einwohner liegen unter dem Landesdurchschnitt für Kommunen mit 50.000 bis 100.000 Einwohner

Ergebnis : Der Schuldenstand pro Einwohner lag um - 1.042,69 EUR unter dem Landesdurchschnitt



Zielvorgabe: Der Ergebnishaushalt ist ausgeglichen oder erwirtschaftet einen Überschuss

Ergebnis : Der Ergebnishaushalt erwirtschaftete 2014 6.672,651 EUR an Überschuss

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses 2014

Nr.	Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen * Haushaltsjahr	Sonderergebnis EUR 1	Ordentliches Ergebnis EUR 2	Verlustvortrag vom Vorjahr EUR 3	Verlustvortrag vom Vorvorjahr EUR 4	Verlustvortrag vom Vorvorvorjahr EUR 5
1	nachrichtlich: vorgetragene Fehlbeträge aus Vorjahren zu Jahresbeginn			0,00	0,00	0,00
2	nachrichtlich: davon bereits im Rahmen des ordentlichen Ergebnisses abgedeckt nach § 49 Abs. 2 i. V. m. § 2 Abs. 1 Nr. 20 GemHVO			0,00	0,00	0,00
3	verbleibende Beträge	2.724.447,85	6.672.650,95	0,00	0,00	0,00
4	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		6.672.650,95			
5	Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	2.724.447,85				
6	Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses nach § 25 Abs. 1 GemHVO		0,00			
7	Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 1 GemHVO	0,00	0,00			
8	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 2 Alt. 2 GemHVO		0,00			
9	Fehlbetragsvortrag längstens für drei Jahre nach § 25 Abs. 3 GemHVO		0,00	0,00	0,00	
10	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 3 GemHVO					0,00
11	Verrechnung durch Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses nach § 25 Abs. 4 Satz 1 GemHVO	0,00				
12	Verrechnung auf das Basiskapital nach § 25 Abs. 4 GemHVO	0,00				

* Es ist nur die Angabe des jeweiligen Vorgangs notwendig

Bilanz 2014



Aktivseite		2013 EUR	2014 EUR	Passivseite		2013 EUR	2014 EUR
1	Vermögen	777.494.026	783.705.396	1	Kapitalposition	-546.668.788	-556.073.016
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	742.145	610.381	1.1	Basiskapital	-540.670.832	-540.670.832
1.2	Sachvermögen	565.282.286	568.692.781	1.2	Rücklagen	-5.997.955	-15.402.183
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Recht	74.766.278	69.385.154	1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	-6.672.651
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	157.557.924	165.944.614	1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	-2.724.448
1.2.3	Infrastrukturvermögen	311.148.823	304.556.502	1.2.3	Zweckgebundene Rücklagen	-5.997.955	-6.005.085
1.2.4	Bauten auf fremden Grundstücken	477.242	460.400		davon rechtlich unselbständige Stiftungen	-1.259.175	-1.272.702
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	43.695	47.101	2	Sonderposten	-190.582.539	-186.701.763
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.934.165	5.987.255	2.1	für Investitionszuweisungen	-36.705.286	-38.279.152
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.736.408	5.839.312	2.2	für Investitionsbeiträge	-149.843.669	-143.484.307
1.2.8	Vorräte	500.904	495.436	2.3	für Sonstiges	-4.033.584	-4.938.305
1.2.9	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.116.848	15.977.009	3	Rückstellungen	-15.873.055	-10.657.079
1.3	Finanzvermögen	211.469.595	214.402.235	3.1	Lohn- und Gehaltsrückstellungen	-510.500	-175.200
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	49.183.316	49.210.447	3.6	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	-572.551	-700.350
1.3.2	Sonstige Beteiligungen und Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen oder anderen kommunalen Zusammenschlüssen	305.410	305.410	3.7	Sonstige Rückstellungen	-14.790.004	-9.781.529
1.3.3	Sondervermögen	28.780.409	28.780.409	4	Verbindlichkeiten	-13.632.549	-21.896.522
1.3.4	Ausleihungen	56.384.274	59.716.169	4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	-12.609.863	-12.024.486
	davon rechtlich unselbständige Stiftungen	1.064.000	1.064.000	4.4	Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	0	-6.171.934
1.3.5	Wertpapiere	48.562.128	53.098.067	4.6	Sonstige Verbindlichkeiten	-1.022.686	-3.700.103
1.3.6	Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.204.474	7.313.916	5	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	-11.387.018	-11.418.488
1.3.7	Forderungen aus Transferleistungen	1.868	1.952.505				
1.3.8	Privatrechtliche Forderungen	1.623.094	2.318.439				
1.3.9	Liquide Mittel	23.424.622	11.706.872				
	davon rechtlich unselbständige Stiftungen	195.175	208.702				
2	Abgrenzungsposten	649.923	3.041.472				
2.1	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	649.923	671.382				
2.2	Sonderposten für geleistete Investitionszuschüsse	0	2.370.090				
Bilanzsumme		778.143.948	786.746.868	Bilanzsumme		-778.143.948	-786.746.868



Anhang zum Jahresabschluss auf 31.12.2014

Rechtsgrundlagen:

Verordnung des Innenministeriums über die Haushaltswirtschaft der Gemeinden
(Gemeindehaushaltsverordnung -GemHVO) vom 11. Dezember 2009

§ 53 Anhang

(1) In den **Anhang** sind diejenigen Angaben aufzunehmen, die zu den einzelnen Posten der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung und der Vermögensrechnung vorgeschrieben sind.

(2) Im **Anhang** sind ferner anzugeben

1. die auf die Posten der Ergebnisrechnung und der Vermögensrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,
2. Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden samt Begründung; deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist gesondert darzustellen,
3. Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten,
4. der auf die Gemeinde entfallende Anteil an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg auf Grund von § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensionsrückstellungen,
5. die Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen (§ 22 Abs. 2, § 50 Satz 2),
6. die in das folgende Haushaltsjahr übertragenen Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) sowie die nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen,
7. die unter der Vermögensrechnung aufzuführenden Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 42)

und

8. der Bürgermeister, die Mitglieder des Gemeinderats und die Beigeordneten, auch wenn sie im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen.

sowie Auszüge aus

§ 47 Allgemeine Grundsätze für die Gliederung

(1) Die Form der Darstellung, insbesondere die Gliederung der aufeinanderfolgenden Ergebnisrechnungen, Vermögensrechnungen (Bilanzen) und Finanzrechnungen, ist beizubehalten, soweit nicht in Ausnahmefällen wegen besonderer Umstände Abweichungen erforderlich sind. Die Abweichungen sind im **Anhang** anzugeben und zu begründen.

(2) In der Ergebnisrechnung, der Vermögensrechnung und der Finanzrechnung ist zu jedem Posten der entsprechende Betrag des vorhergehenden Haushaltsjahres anzugeben. Sind die Beträge nicht vergleichbar, so ist dies im **Anhang** anzugeben und zu erläutern. Wird der Vorjahresbetrag angepasst, so ist auch dies im **Anhang** anzugeben und zu erläutern.

(3) Fällt ein Vermögensgegenstand oder eine Schuld unter mehrere Posten der Vermögensrechnung, so ist die Mitzugehörigkeit zu anderen Posten bei dem Posten, unter dem der Ausweis erfolgt ist, zu vermerken oder im **Anhang** anzugeben, wenn dies zur Aufstellung eines klaren und übersichtlichen Jahresabschlusses erforderlich ist.

(4) Eine weitere Untergliederung der Posten ist zulässig; dabei ist jedoch die vorgeschriebene Gliederung zu beachten. Neue Posten dürfen hinzugefügt werden, wenn ihr Inhalt nicht von einem vorgeschriebenen Posten gedeckt wird. Die Ergänzung ist im **Anhang** anzugeben und zu begründen.

§ 49 Ergebnisrechnung

(4) Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind hinsichtlich ihres Betrags und ihrer Art im **Anhang** zu erläutern, soweit sie für die Beurteilung der Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung sind.

Angaben zu den einzelnen Positionen des Anhangs:

1. die auf die Posten der Ergebnisrechnung und der Vermögensrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (§ 53 Abs.2 Ziff. 1 GemHVO)

Die Bilanzierung und Bewertung des Vermögens und der Schulden der Stadt Ludwigsburg erfolgte nach den Regelungen der GemO bzw. der aktuellen GemHVO des Landes Baden-Württemberg. Weiterhin wurden die Empfehlungen des „Leitfaden zur Bilanzierung“ der landesweiten Arbeitsgruppe AG Internet herangezogen.

Darüber hinaus finden ergänzend die Regelungen und Kommentare des deutschen Handelsrechts Anwendung, sofern das baden-württembergische Haushaltsrecht hierzu keine Regelung enthält bzw. sofern die Regelungen des baden-württembergischen Haushaltsrechts dem nicht entgegenstehen.

Im Rahmen der Erstbewertung des kommunalen Vermögens für die Eröffnungsbilanz nutzte die Stadt Ludwigsburg diverse Vereinfachungs- und Bilanzierungswahlrechte, welche im Wesentlichen in § 62 GemHVO geregelt sind.

Dies spiegelt sich wieder in:

- dem Verzicht auf die Erfassung und Bewertung von beweglichen und immateriellen Vermögensgegenständen vor dem Zeitraum von 6 Jahren vor Eröffnungsbilanzstichtag (§ 62 Abs. I S. 3 GemHVO), mit Ausnahme höherwertiger Vermögensgegenstände wie z.B. Fahrzeuge.
- den Ansätzen von Erfahrungswerten bei Vermögensgegenständen, deren tatsächliche AHK nicht oder nicht ohne unverhältnismäßigen Aufwand ermittelt werden konnten (§ 62 Abs. II-III GemHVO)
- dem Verzicht auf den Ansatz von geleisteten Investitionszuschüssen (§ 62 Abs. VI S. 2 GemHVO)

Die spezielle Vorgehensweise bei einzelnen Bilanzpositionen wird ausführlich im **Handbuch zur Eröffnungsbilanz der Stadt Ludwigsburg** beschrieben.

2. Abweichungen von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden samt Begründung; deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist gesondert darzustellen (§ 53 Abs.2 Ziff. 2 GemHVO)

Abweichungen von den anerkannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden liegen nicht vor. Die spezielle Vorgehensweise bei einzelnen Bilanzpositionen wird ausführlich im **Handbuch zur Eröffnungsbilanz der Stadt Ludwigsburg** beschrieben.

3. Angaben über die Einbeziehung von Zinsen für Fremdkapital in die Herstellungskosten (§ 53 Abs.2 Ziff. 3 GemHVO)

Die Vermögensgegenstände wurden i.d.R. nach Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet; hierbei wurden keine Zinsen für Fremdkapital einbezogen.

4. der auf die Gemeinde entfallende Anteil an den beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg auf Grund von § 27 Abs. 5 GKV gebildeten Pensionsrückstellungen (§ 53 Abs.2 Ziff. 4 GemHVO)

Die Bescheinigung des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg ist als Anlage beigelegt.

5. die Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung der Investitionen (§ 53 Abs.2 Ziff. 5 GemHVO)

Die Investitionen im Haushaltsjahr konnten ohne die Aufnahme von Krediten finanziert werden.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betrugen	+15.168.806 EUR
<u>Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit betrugen</u>	<u>-28.721.461 EUR</u>
somit ergibt sich ein Saldo aus Investitionstätigkeit	-13.552.655 EUR
<u>der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit betrug</u>	<u>+6.719.869 EUR</u>
Finanzierungsmittelbedarf	-6.832.786 EUR

2014 wurden von den liquiden Mitteln 6.832.786 EUR zur Finanzierung von Investitionen eingesetzt

6. die in das folgende Haushaltsjahr übertragenen Ermächtigungen (Haushaltsübertragungen) sowie die nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen, (§ 53 Abs.2 Ziff. 6 GemHVO)

Die Ermächtigungsüberträge des Ergebnis- und des Finanzhaushaltes 2014 nach 2015 sind mit der Vorlagen-Nr. 289/15 vom Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg am 29.07.2015 beschlossen worden und den Jahresabschlussunterlagen beigelegt.

Insgesamt wurden im Ergebnishaushalt Ermächtigungsüberträge in Höhe von	1.324.300 EUR
und im Finanzaushalt Ermächtigungsüberträge in Höhe von	16.447.700 EUR

gebildet und beschlossen.

Es wurde keine Übertragung von Kreditermächtigungen durchgeführt.

7. die unter der Vermögensrechnung aufzuführenden Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre (§ 53 Abs.2 Ziff. 7 GemHVO)

Eine Aufstellung der Bürgschaftsübernahmen der Stadt Ludwigsburg zum 31.12.2014 ist als Anlage beigelegt.

8. der Bürgermeister, die Mitglieder des Gemeinderats und die Beigeordneten, auch wenn sie im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, mit dem Familiennamen und mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen. (§ 53 Abs.2 Ziff. 8 GemHVO)

a. Gemeinderat

Nach § 25 Abs. 2 GemO gehören dem Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg 40 Stadträte als Mitglieder an. Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und das Hauptorgan der Gemeinde. Er legt die Grundsätze für die Verwaltung der Gemeinde fest und entscheidet über alle Angelegenheiten der Gemeinde, soweit nicht der Oberbürgermeister kraft Gesetzes zuständig ist oder der Gemeinderat bestimmte Angelegenheiten den beschließenden Ausschüssen oder dem Oberbürgermeister übertragen hat (§ 24 GemO).

Die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters wird in § 16 der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg vom 01.01.2002, zuletzt geändert am 22.07.2009, die auf Grund der Bestimmungen der Gemeindeordnung erlassen wurde.

Beschließende Ausschüsse

Die Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse werden in den §§ 7 - 14 der Hauptsatzung geregelt.

Mit der Einsetzung des neuen Gemeinderates zum 15.09.2004 wurde die Zahl der beschließenden Ausschüsse auf drei reduziert und zwar die Ausschüsse für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV), Bildung, Soziales und Sport (BSS) und Bauen, Technik und Umwelt (BTU).

Dem Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg gehörten zum Stand 01.01.2014 folgende Mitglieder an:

1. Herrmann, Klaus	CDU (Fraktionsvorsitzender)
2. Kopf, Rosina	CDU (Stellv. Fraktionsvorsitzende)
3. Kreiser, Elke	CDU
4. Kromer, Roland	CDU
5. Lutz, Thomas	CDU
6. Meyer, Claus-Dieter	CDU
7. Noz, Reinhold	CDU
8. Rebholz, Frank	CDU
9. Dr. Schwytz, Ingo	CDU
10. Siegmund, Ralf	CDU
11. Bergold, Albrecht	SPD
12. Dr. Bohn, Eckart	SPD (Fraktionsvorsitzender)
13. Daferner, Eberhard	SPD
14. Griesmaier, Peter	SPD
15. Juranek, Dieter	SPD
16. Liepins, Margit	SPD (Stellv. Fraktionsvorsitzende)
17. Schittenhelm, Monika	SPD
18. Von Stackelberg, Hubertus	SPD
19. Gericke, Markus	Grüne (Fraktionsvorsitzender)
20. Haberzeth-Grau, Edith	Grüne
21. Klett-Heuchert, Anita	Grüne (Stellv. Fraktionsvorsitzende)
22. Kopp, Christian	Grüne
23. Steinwand, Elfriede	Grüne
24. Prof. Dr. Vierling, Michael	Grüne
25. Voigt, Kathrin	Grüne
26. Glasbrenner, Roland	FWV
27. Kirnbauer, Bernd	FWV
28. Moersch, Gabriele	FWV
29. Schneller, Helga	FWV (Stellv. Fraktionsvorsitzende)
30. Seybold, Andreas	FWV
31. Striegel, Werner	FWV
32. Weiss, Reinhardt	FWV (Fraktionsvorsitzender)
33. Heer, Johann	FDP (Stellv. Fraktionsvorsitzender)
34. Dr. Heer, Volker Heinrich	FDP
35. Dr. Jordan, Hans	FDP
36. Müller, Martin	FDP (Fraktionsvorsitzender)
37. Kemmerle, Hans-Jürgen	Die Linke
38. Lettrari, Harald	Republikaner
39. Burkhardt, Elga	LUBU
40. Lange, Edeltraud	fraktionslos

Nach der Kommunalwahl am 25.05.2014 besteht der Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg aus folgenden Mitgliedern:

1.	Braumann, Maik Stefan	CDU
2.	Dr. Schwytz, Ingo	CDU
3.	Dr. Traub, Uschi	CDU
4.	Herrmann, Klaus	CDU
5.	Köhle, Christian	CDU
6.	Kreiser, Elke	CDU
7.	Link, Wilfried	CDU
8.	Lutz, Thomas	CDU
9.	Lutz, Volker	CDU
10.	Meyer, Claus-Dieter	CDU
11.	Noz, Reinhold	CDU
12.	Eisele, Jochen	FDP
13.	Heer, Johann	FDP
14.	Dengel, Hermann	FW
15.	Lutz, Florian	FW
16.	Moersch, Gabriele	FW
17.	Remmele, Bernhard	FW
18.	Rothacker, Andreas	FW
19.	Seybold, Andreas	FW
20.	Weiss, Reinhardt	FW
21.	Dr. Knoß, Christine	GRÜNE
22.	Gericke, Markus	GRÜNE
23.	Haberzeth-Grau, Edith	GRÜNE
24.	Haller, Armin	GRÜNE
25.	Kasdorf, Andreas	GRÜNE
26.	Prof. Dr. Vierling, Michael	GRÜNE
27.	Steinwand-Hebenstreit, Elfriede	GRÜNE
28.	Wiedmann, Laura	GRÜNE
29.	Dziubas, Claudia	Linke
30.	Kube, Oliver	Linke
31.	Burkhardt, Elga	LUBU
32.	Lettrari, Harald	Rep
33.	Daferner, Eberhard	SPD
34.	Deetz, Annegret	SPD
35.	Dr. O'Sullivan, Daniel	SPD
36.	Faulhaber, Ulrike	SPD
37.	Juranek, Dieter	SPD
38.	Liepins, Margit	SPD
39.	Orzechowski, Regina	SPD
40.	von Stackelberg, Hubertus	SPD

b. Oberbürgermeister

Am 29.06.2003 wurde **Werner Spec** zum Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg gewählt und trat sein Amt zum 01.09.2003 an. Er hat nach Rechtsgültigkeit der Wahl vom 03.07.2011 am 01.09.2011 sein Amt als Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg fortgesetzt.

Nach § 42 GemO ist der Oberbürgermeister Vorsitzender des Gemeinderats und Leiter der Stadtverwaltung. Er vertritt die Stadt. Wegen der ihm vom Gemeinderat zur selbstständigen Erledigung übertragenen Aufgaben wird auf § 16 der Hauptsatzung verwiesen. Der Oberbürgermeister hat in der Zuständigkeitsordnung über das Bewirtschaftungs- und Anordnungswesen vom 24.01.2011 die Zuständigkeit zur Bewirtschaftung von Einnahmen und Ausgaben und zur Erteilung von Annahme- und Auszahlungsanordnungen auf verschiedene Gemeindebedienstete weiterdelegiert.

c. Beigeordnete

Am 26.07.2006 wurde **Konrad Seigfried** zum Ersten Bürgermeister der Stadt Ludwigsburg gewählt; am 14.05.2014 wurde er für eine weitere Wahlperiode wiedergewählt.

Die Wahl des Bürgermeisters bzw. Baubürgermeisters **Michael Ilk** fand am 23.07.2013 statt.

Nach § 49 GemO sind in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern hauptamtlich Beigeordnete zu bestellen, wobei die Anzahl in der Hauptsatzung bestimmt wird. Der erste Bürgermeister vertritt als erster Beigeordneter den Bürgermeister ständig in seinem Geschäftskreis. Im Falle der Verhinderung von Bürgermeister und des ersten Beigeordneten führt der zweite Beigeordnete die Stellvertretung aus.

d. Finanzverwaltung

Das Finanzwesen der Stadt wird von dem Fachbereich Finanzen wahrgenommen.

Fachbereichsleitung:

Mit Beschluss des Gemeinderats vom 16.05.2001 wurde Leitender Stadtverwaltungsdirektor **Ulrich Kiedaisch** ab 01.09.2001 zum Stadtkämmerer bestellt. Er ist gleichzeitig der Fachbeamte für das Finanzwesen im Sinne des § 116 GemO.

Fachbereich 20 – Haushalt und Beteiligungen:

Mit der Stellvertretung des Stadtkämmerers ab 01.06.2001 wurde Stadtoberverwaltungsrat **Harald Kistler** beauftragt. (Beschluss des Gemeinderats vom 16.05.2001).

Fachbereich 20 - Kassen- und Steuerverwaltung:

Die Leiterin der Kassen- und Steuerverwaltung ist seit 01.07.2013 Stadtoberamtsrätin **Melanie Kiener**. (Beschluss des WKV vom 07.05.2013).

9. Abweichungen in der Form der Darstellung, insbesondere die Gliederung der aufeinanderfolgenden Ergebnisrechnungen, Bilanzen und Finanzrechnungen (§ 47 Abs.1 GemHVO)

Dieser Punkt entfällt, da der Jahresabschluss 2014 der erste Abschluss nach Umstellung auf das NKHR ist und somit noch kein Vergleich mit dem Vorjahr möglich ist.

10. Vergleichbarkeit mit den Beträgen des Vorjahres (§ 47 Abs.2 GemHVO)

Dieser Punkt entfällt, da der Jahresabschluss 2014 der erste Abschluss nach Umstellung auf das NKHR ist und somit noch kein Vergleich mit dem Vorjahr möglich ist.

11. Vermögensgegenstände und Schulden, die unter mehreren Posten der Vermögensrechnung ausgewiesen sind. (§ 47 Abs.3 GemHVO)

Die einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden der Stadt Ludwigsburg sind grundsätzlich nur einer Bilanzposition zugeordnet; eine Aufteilung eines Gegenstandes auf mehrere Bilanzpositionen erfolgte nicht. Im Fall von gemischt genutzten Grundstücken (z.B. Schule und Sporthalle) erfolgt eine fiktive Aufteilung und die Zuordnung der so entstandenen Teilflächen unter der jeweiligen Bilanzposition. Auf den Einzelausweis aller gemischt genutzten und damit unter mehreren Bilanzpositionen befindlichen Grundstücksflächen wird in diesem Anhang verzichtet, da es nicht zur Klarheit und Übersichtlichkeit dieses Jahresabschluss beiträgt.

12. Angaben über die weiteren Untergliederungen oder Hinzufügung weiterer Posten (§ 47 Abs.4 GemHVO)

Die Bilanz der Stadt Ludwigsburg wurde entsprechend der Gliederung des § 52 GemHVO aufgebaut. Es wurden keine weiteren Posten hinzugefügt.

Eine Untergliederung der Bilanz erfolgte strikt nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Produktrahmen für die Gliederung der Haushalte, den Kontenrahmen und weitere Muster für die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (VwV Produkt- und Kontenrahmen) vom 11. März 2011.

Untergliederungen wurden vorgenommen:

- aufgrund der Empfehlungen der VwV im Bereich Sachvermögen
- zur Abbildung der verbindlich vorgeschriebenen Bereichsabgrenzungen

- zur Abbildung der verbindlich vorgeschriebenen Laufzeiten bei Ausleihungen und Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen
- Zur übersichtlichen Unterteilung im Bereich Finanzvermögen, Rücklagen und Rückstellungen
- zur übersichtlichen Unterteilung der sonstigen Forderungen und Verbindlichkeiten nach den verschiedenen Fachbereichen

13. Erläuterungen zu den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (§ 49 Abs.4 GemHVO)

Das außerordentliche Ergebnis (2.724.447,825 EUR) ergibt sich aus außerordentlichen Erträgen i.H.v. 4.081.736,85 EUR und außerordentlichen Aufwendungen i.H.v. 1.357.289 EUR.

Die außerordentlichen Erträge setzen sich hierbei im Wesentlichen aus Erträgen aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden über Buchwert (4.056.372,48 EUR) zusammen.

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus Ausbuchungen von Vermögenswerten aus der städtischen Bilanz aufgrund von Verkauf oder Verschrottung. Ein wesentlicher Anteil dieser Aufwendungen resultiert aus den Ausbuchungen von Restbuchwerten des Straßenvermögens im Bereich Untere Stadt / Umgebung Marstall.

14. Angaben zu über- bzw. außerplanmäßigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen (nachrichtlich)

Alle Aufwendungen eines Teilhaushaltes bilden im Ergebnishaushalt nach § 4 Abs.2 i.V.m. § 20 GemHVO ein Budget und sind gegenseitig deckungsfähig, zudem werden nach § 19 GemHVO Mehrerträge berücksichtigt.

Analoge Regeln gelten auch für Auszahlungen für Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt.

Die konkrete Ausgestaltung findet sich bei den Grundsätzen für den Haushaltsvollzug /Globaler Planvermerk) im Haushaltsplan 2014.

Trotz dieser umfangreichen Regelungen mussten im Rechnungsjahr 2014 Überschreitungen von insgesamt 1.573.094,94 EUR genehmigt werden.

Dies resultiert im Wesentlichen aus der Umstellung auf NKHR zum 01.01.2014 mit einem frühen Kassenschluss im Jahr 2013, so dass viele Rechnungen, welche das Jahr 2013 betrafen, im Haushaltsjahr 2014 verbucht wurden. Zudem erfolgte für das erste doppelte Planjahr 2014 erstmals die vorgeschriebene periodengerechte Zuordnung nach dem Bewirtschaftungszeitpunkt (bisher Zeitpunkt des Rechnungseingangs). Dies hatte zur Auswirkung, dass auch im Januar und Februar 2015 noch Rechnungen periodengerecht im Rechnungsjahr 2014 verbucht werden mussten.

Eine Liste der Überschreitungen ist in der Anlage beigelegt.



KVBW

Stadt Ludwigsburg

- 7. FEB. 2015

Eingang:

DI	SE	PR	Büro ODM	RUS					
	10	14	20	23	41	89			
DI	SE	PR	17	32	33	48	64	70	71

KVBW · Postfach 10 01 81 · 76185 Karlsruhe

Eing.: 09. FEB. 2015

Organisation und Personal

Eingang: - 9. FEB. 2015

ST	1	2	3	4	5	6	7	8	9
----	---	---	---	---	---	---	---	---	---

**Kommunaler Versorgungsverband
Baden-Württemberg**

Körperschaft des öffentlichen Rechts

318.124

Unser Zeichen, bitte stets angeben.

Ihre Nachricht:

Auskunft erteilt: **Herr Nikolaus**

Telefon: **0721 5985-6 26**

Telefax: **0721 5985-4 44**

E-Mail: **s.nikolaus@kvbw.de**

Datum: **27. Januar 2015**

Pensionsrückstellungen nach § 27 Abs. 5 des Gesetzes über den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (GKV) - Anteil an der Pensionsrückstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kommunale Versorgungsverband Baden-Württemberg bildet nach § 27 Abs. 5 GKV Pensionsrückstellungen für seine Mitglieder und seinen eigenen Bereich. Den auf das Mitglied entfallenden Anteil weist dieses im Anhang der Jahresrechnung aus (§ 53 Abs. 2 Nr. 4 der Gemeindehaushaltsverordnung).

Zum Stichtag **31.12.2014** beträgt der Anteil an der Rückstellung beim KVBW **89.018.359 €**. Der **voraussichtliche** Anteil zum Stichtag **31.12.2015** beträgt **90.855.593 €**.

Für weitere Informationen zur Berechnung verweisen wir auf das Hinweisblatt „Berechnung der Pensionsrückstellungen beim KVBW“, das Ihnen auf der Internetseite des KVBW unter <Beamtenversorgung>, <Mitgliederbereich>, <Pensionsrückstellungen> und <Merkblätter> zur Verfügung steht.

Mit freundlichen Grüßen

Kommunaler Versorgungsverband
Baden-Württemberg

Forderungsübersicht

Ar der Forderungen	Gesamt- betrag am 01. 01. 2014	Zugänge im Haushalts- jahr	Abgänge im Haushalts- jahr	Zuschrei- bungen im Haushalts- jahr	Abschrei- bungen im Haushalts- jahr	Gesamt- betrag am 31.12. 2014	Restlaufzeit **		
							bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	3.204.474,01	163.075.117,85	157.537.765,02	843.865,18	2.271.776,29	7.313.915,73			
2. Forderungen aus Transferleistungen	1.868,19	41.940.975,14	39.999.838,17	9.500,00	0,00	1.952.505,16			
3. Privatrechtliche Forderungen	1.623.093,55	45.620.655,43	44.754.099,26	90.465,04	486.236,84	2.093.877,92			
Summe aller Forderungen	4.829.435,75	250.636.748,42	242.291.702,45	943.830,22	2.758.013,13	11.360.298,81	0	0	0

* entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

** keine Pflichtangaben

Vermögensübersicht *

Vermögen	Stand des Vermögens	Vermögensveränderungen					Stand des Vermögens
	zum 01. 01. 2014	Vermögens- zugänge im Haushaltsjahr	Vermögens- abgänge im Haushaltsjahr	Umbu- chungen im Haushaltsjahr	Zuschrei- bungen im Haushaltsjahr	Abschrei- bungen im Haushaltsjahr	am 31. 12. 2014
	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-	-Euro-
1	2	3	4	5 **	6	7	8
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	742.144,77	81.356,83	0,00	6.554,40	0,00	219.675,22	610.380,78
2. Sachvermögen (ohne Vorräte)	564.781.381,61	29.243.125,64	8.100.614,62	-6.554,40	0,00	17.719.993,40	568.197.344,83
2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	74.766.277,94	1.382.271,69	6.667.049,83	318.015,41	0,00	414.361,54	69.385.153,67
2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	157.557.923,55	6.164.189,73	288.529,44	7.206.339,63	0,00	4.695.309,44	165.944.614,03
2.3. Infrastrukturvermögen	311.148.822,86	136.786,73	920.864,74	4.655.229,52	0,00	10.463.472,77	304.556.501,60
2.4. Bauen auf fremden Grundstücken	477.241,55	0,00	0,00	0,00	0,00	16.841,80	460.399,75
2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	43.694,55	3.406,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47.100,55
2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5.934.164,88	855.117,39	95.236,25	14.467,43	0,00	721.258,33	5.987.255,12
2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.736.407,99	1.506.613,18	24.213,34	29.253,21	0,00	1.408.749,52	5.839.311,52
2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.116.848,29	19.194.740,92	104.721,02	-12.229.859,60	0,00	0,00	15.977.008,59
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen und liquide Mittel)	183.215.537,26	44.832.275,04	36.937.309,05	0,00	0,00	0,00	191.110.503,25
3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	49.183.315,58	75.595,94	48.464,24	0,00	0,00	0,00	49.210.447,28
3.2. Sonst. Beteilig. U. Kapitaleinlagen in Zweckverbänden, Stiftungen od. and. Kommunalen Zusammenschlüssen	305.410,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	305.410,45
3.3. Sondervermögen	28.780.409,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.780.409,01
3.4. Ausleihungen	56.384.274,04	26.820.740,04	23.488.844,81	0,00	0,00	0,00	59.716.169,27
3.5. Wertpapiere	48.562.128,18	17.935.939,06	13.400.000,00	0,00	0,00	0,00	53.098.067,24
insgesamt	748.739.063,64	74.156.757,51	45.037.923,67	0,00	0,00	17.939.668,62	759.918.228,86

* "Anlagenspiegel"

** In dieser Spalte werden Umgliederungen bereits vorhandener Vermögensgegenstände auf andere Positionen der Übersicht abgebildet

*** entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres

Schuldenübersicht

Art der Schulden (Gliederung richtet sich nach der Bilanz, Passivposten 4.1, 4.2 und 4.3; Anleihen, Kreditaufnahmen inklusive Kassenkredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte)		Gesamt- betrag am 01. 01. 2014 -Euro-	Gesamt- betrag zum 31. 12. 2014 -Euro-	davon mit einer Restlaufzeit von			Mehr (+) weniger (-) ***** -Euro-
				bis zu 1 Jahr ** -Euro-	über 1 bis 5 Jahre *** -Euro-	mehr als 5 Jahre **** -Euro-	
1		2	3	4	5	6	7
1.	Geldschulden	12.609.863	12.024.486	1.099.097	1.668.032	9.257.357	-585.378
1.1	Anleihen	0	0				0
1.2	Kredite für Investitionen	12.609.863	12.024.486	1.099.097	1.668.032	9.257.357	-585.378
1.2.1	Bund	0	0				0
1.2.2	Land	0	0				0
1.2.3	Gemeinden und Gemeindeverbände	0	0				0
1.2.4	Zweckverbände und dergleichen	0	0				0
1.2.5	sonstiger öffentlicher Bereich	2.529.374	2.529.374	0	0	2.529.374	0
1.2.6	Kreditmarkt	10.080.489	9.495.112	1.099.097	1.668.032	6.727.983	-585.378
1.3	Kassenkredite	0	0				0
2.	Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0	0				0
Gesamtschulden		12.609.863	12.024.486	1.099.097	1.668.032	9.257.357	-585.378

nachrichtlich:

3.	Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung						
3.1	Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg (SEL)						
3.1.1	Anleihen						
3.1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	23.695.621	23.025.206	2.451.417	9.417.862	11.155.927	-670.415
3.1.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)						
3.1.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						
3.	Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung						
3.2	Eigenbetrieb Tourismus & Events Ludwigsburg (TEL)						
3.2.1	Anleihen						
3.2.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	12.298.156	11.769.335	555.629	2.518.847	8.694.859	-528.821
3.2.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)						
3.2.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften						
4.	Schulden insgesamt						
4.1	Anleihen	0	0	0	0	0	0
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	48.603.640	46.819.027	4.106.143	13.604.741	29.108.143	-1.784.614
4.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (Kassenkrediten)	0	0	0	0	0	0
4.4	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	0	0
	Summe 4.1 + 4.2 + 4.3 + 4.4	48.603.640	46.819.027	4.106.143	13.604.741	29.108.143	-1.784.614

- * entspricht Stand zum 31.12. des Vorjahres
- ** Tilgung der Restschuld im 1. Folgejahr
- *** Tilgung der Restschuld im 2. bis 5. Folgejahr
- **** Tilgung der Restschuld ab dem 6. Folgejahr
- ***** Spalte 3 minus Spalte 2

Stand der Bürgschaftsübernahmen und Patronatserklärungenzum 31.12.2014

a. Bürgschaften

Darlehens- nehmer	Gläubiger	Beschluss vom (Vorlage Nr.)	Ursprüngliche Höhe der Bürgschaftsübernahme EUR	Stand der Bürgschaftsübernahme zum 31.12.2013 EUR	Stand der Bürgschaftsübernahme zum 31.12.2014 EUR	Bürgschaft befristet bis
SWLB als RNF der LB Parkierungsanlagen GmbH	Kreissparkasse Ludwigsburg	GR 25.11.1992 (179/92)	2.045.167,52	387.849,00	265.666,38	
	Kreditanstalt für Wiederaufbau	GR 24.11.1999 (420/99)	1.789.521,58	631.578,00	526.319,74	
	Kreditanstalt für Wiederaufbau	GR 07.02.2001 (008/01)	1.406.052,67	620.311,00	537.601,45	
	Commerzbank AG	GR 26.09.2001 (406/01)	1.406.052,67	731.706,00	637.291,26	
	Kreissparkasse Ludwigsburg Bürgschaft 80% des Darlehensbetrags von 4.000.000,- EUR	GR 23.07.2008 (332/08)	3.200.000,00	2.577.772,80	2.399.993,60	
	Kreissparkasse Ludwigsburg Bürgschaft 80% des Darlehensbetrags von 2.029.925,57	GR 15.12.2011 (453/11)	1.623.940,46	1.299.152,00	1.136.758,31	
	Summe ehem. PAG:		11.470.734,90	6.248.368,80	5.503.630,74	
Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH	BW Landesbank	GR 26.03.2003 (115/03)	3.000.000,00	1.387.500,00	1.237.500,00	
	Kreissparkasse Lbg.	GR 11.05.2005 (168/05)	2.250.000,00	1.237.500,00	1.125.000,00	
	Kreissparkasse Lbg.	GR 11.05.2005 (168/05)	2.250.000,00	1.237.500,00	1.125.000,00	
	Insolvenzversicherung	GR 02.03.2005 (063/05)	300.000,00	300.000,00	300.000,00	
	DKB Deutsche Kreditbank AG Bürgschaft 90% des Darlehensbetrags von 5.618.410 EUR	GR 24.02.2010 (025/10) Genehmigung RP vom 15.03.2010	5.056.569,00	3.900.753,00	3.611.799,00	
	Deutsche Bank AG	GR 30.01.2007 Genehmigung RP mit HH-Erlass 2007 (104/07)	10.000.000,00	6.750.000,00	6.250.000,00	
	Kreissparkasse Ludwigsburg Bürgschaft 80% des Darlehensbetrags von 3.000.000,- EUR	GR 27.02.2008 Genehmigung RP mit HH-Erlass 2008	2.400.000,00	1.831.560,00	1.705.240,00	
	Volksbank Ludwigsburg Bürgschaft 80% des Darlehensbetrags von 3.500.000,- EUR	Eil-Entscheidung OBM (Verf.Nr.202/08) Genehmigung RP mit HH-Erlass 2008	2.800.000,00	2.100.000,00	1.960.000,00	
	Volksbank Ludwigsburg Bürgschaft 80% des Darlehensbetrags von 3.700.000,- EUR	GR 31.01.2012 (586/11) Genehmigung RP vom 19.03.2012	2.960.000,00	2.516.000,00	2.220.000,00	30.06.2022
	Kreissparkasse Ludwigsburg Bürgschaft 80% von 74,9% des Darlehensbetrags von 5.000.000,- EUR Konto: 6000282279	GR 31.01.2012 (586/11) Genehmigung RP vom 03.05.2012	2.996.000,00	2.846.200,00	2.696.400,00	31.12.2032
	Kreissparkasse Lbg. Bürgschaft 80% von 74,9% des Darlehensbetrags von 5.000.000,- EUR Konto: 6000282286	GR 31.01.2012 (586/11) Genehmigung RP vom 03.05.2012	2.996.000,00	2.921.100,00	2.771.300,00	31.12.2032
	Bürgerstiftung Ludwigsburg 74,9% des Darlehensbetrags von 1.631.000,- EUR	GR 16.02.2011 (019/11) Genehmigung RP vom 01.08.2013	1.221.619,00	1.221.619,00	1.221.619,00	31.07.2015
	Volksbank Ludwigsburg 80% von 74,9% des Darlehensbetrags von 5.000.000,- EUR	GR 02.10.2013 (314/13) Genehmigung RP vom 25.10.2013	2.996.000,00	2.996.000,00	2.846.200,00	19.12.2033

Stand der Bürgschaftsübernahmen und Patronatserklärungen zum 31.12.2014

Darlehens- nehmer	Gläubiger	Beschluss vom (Vorlage Nr.)	Ursprüngliche Höhe der Bürgschaftsübernahme EUR	Stand der Bürgschaftsübernahme zum 31.12.2013 EUR	Stand der Bürgschaftsübernahme zum 31.12.2014 EUR	Bürgschaft befristet bis
	DZ BANK Frankfurt a.M. 80% von 74,9% des Darlehensbetrags von 7.500.000,- EUR	GR 02.10.2013 (314/13) Genehmigung RP vom 25.10.2013	4.494.000,00	4.494.000,00	4.321.153,57	14.10.2033
	DZ BANK Frankfurt a.M. 80% von 74,9% des Darlehensbetrags von 2.500.000,- EUR	GR 02.10.2013 (314/13) Genehmigung RP vom 25.10.2013	1.498.000,00	1.498.000,00	1.440.383,32	14.10.2033
	Kreissparkasse Ludwigsburg 80% von 74,9% des Darlehensbetrags von 5.000.000,- EUR	GR 02.12.2014 (443/14) Genehmigung RP vom 15.12.2014	2.996.000,00	0,00	2.996.000,00	31.12.2034
	Kreissparkasse Ludwigsburg 80% von 74,9% des Darlehensbetrags von 5.000.000,- EUR	GR 02.12.2014 (443/14) Genehmigung RP vom 15.12.2014	2.996.000,00	0,00	2.996.000,00	31.12.2034
		Summe SWLB:	53.210.188,00	37.237.732,00	40.823.594,89	
Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH	L-Bank Baden-Württemberg	GR 20.06.2001 (280/01)	2.658.717,78	1.086.062,17	963.662,17	
	Kreissparkasse Ludwigsburg	GR 31.03.1993 (50/93)	1.533.875,64	834.010,00	761.266,11	
	Kreissparkasse Ludwigsburg Bürgschaft 90% des Darlehensbetrags von 5.400.000,- EUR	GR 22.09.2010 (372/10)	4.860.000,00	4.485.372,80	4.363.947,72	
	Kreissparkasse Ludwigsburg Bürgschaft 90% des Darlehensbetrags von 3.500.000,- EUR	GR 22.09.2010 (372/10)	3.150.000,00	2.953.344,77	2.869.450,74	
		Summe WBL:	12.202.593,42	9.358.789,75	8.958.326,74	

Gesamtsumme Bürgschaften städtische Beteiligungen:	76.883.516,32	52.844.890,55	55.285.552,38	
--	---------------	---------------	---------------	--

Sport- vereinigung Ludwigsburg	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 6 000 192 778	GR 28.06.2006 (206/06)	85.000,00	71.856,36	68.139,69	
Alexanderstift	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 6 009 007 754	GR 24.05.2006 (217/06)	2.700.000,00	1.950.000,00	1.800.000,00	
AWO	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 60 384 625	GR 17.02.2000 (122/00)	3.579.043,17	1.175.971,24	748.870,81	
Stiftung Evangelisches Altenheim	Kreissparkasse LB Darlehenskonto 60 506 946	GR 07.02.2001 (038/01)	2.595.106,94	699.497,72	611.386,43	
		Summe:	8.959.150,11	3.897.325,32	3.228.396,93	

Gesamtsumme Bürgschaften:	85.842.666,43	56.742.215,87	58.513.949,31	
---------------------------	---------------	---------------	---------------	--

b. Patronatserklärungen

Begünstigte	Gläubiger	Beschluss vom (Vorlage Nr.)	Ursprüngliche Höhe der Patronatsübernahme EUR	Stand der Patronatsübernahme zum 31.12.2013 EUR	Stand der Patronatsübernahme zum 31.12.2014 EUR	Patronats- erklärung befristet bis
Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Patronatserklärung	17.04.2013 (Vorl. 037/13) Genehmigung RP vom 11.06.2013	10.085.000,00	10.085.000,00	8.128.341,92	31.03.2018
Summe Patronatserklärungen:			10.085.000,00	10.085.000,00	8.128.341,92	

Überschreitungen Haushalt 2014

Teil-HH	Profit-center	Betrag in €	Betreff/Bezug	VerfügungsNr.
01	1110	10.750,00	Ausstattung Besprechungszimmer Verwaltungsleitung	BM Verfügung vom 17.11.2014
01	1110	21.250,00	Ausstattung Mobiliar Dezernate I und II	BM Verfügung vom 17.10.2014
05	5110-005	50.000,00	Investitionszuschuss Untere Stadt	OBM Verfügung vom 29.07.2014
08	1111	10.375,41	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	FBL 20 Verfügung vom 14.01.2016
08	1130	78.656,91	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	WKV Vorlage 010/16 vom 15.01.2016
14	1113	328,55	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	FBL 20 Verfügung vom 14.01.2016
17	3180-017	15.000,00	Gesellschafterzuschuss Kleeblatt gGmbH	Verfügung 138/14 vom 24.06.2014
20	1112-020	46.000,00	Prüfungsgebühr Gemeindeprüfungsanstalt	Verfügung 218/14 vom 30.10.2014
23	1133	3.900,00	Vergütung von Mehrarbeitsstunden für Beschäftigte im FB Liegenschaften	OBM Verfügung 050/14 vom 13.03.2014
32	1123	49.804,88	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	OBM Verfügung vom 14.01.2016
33	1222	23.816,93	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	FBL 20 Verfügung vom 14.01.2016
41	2610	113.876,92	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	WKV Vorlage 010/16 vom 15.01.2016
41	2620	1.447,79	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	FBL 20 Verfügung vom 14.01.2016
65	1124	1.027.940,66	Einmaliger Mehrbedarf durch erstes doppeltes Haushaltjahr	GR Vorlage 011/16 vom 15.01.2016
67	5510	380,85	Beschäftigung Werkstudent beim FB Tiefbau und Grünflächen	Verfügung 501/14 vom 04.08.2014
67	5530	200,00	Erhöhung der Praktikantenvergütung beim FB Tiefbau und Grünflächen	Verfügung 808/13 vom 12.12.2013
67	5530	1.991,14	Änderung des Beschäftigungsausmaßes eines Beschäftigten beim FB 67	Verfügung 498/14 vom 01.08.2014
67	5530	6.750,00	Beschäftigung Werkstudent beim FB Tiefbau und Grünflächen	Verfügung 097/14 vom 20.02.2014
90	5350	62.160,66	Rückzahlung von Konzessionsabgaben	Vorlage 206/14 vom 04.06.2014
90/ 20	5350/ 1112-020	48.464,24	Rechts- und Beratungskosten Umstrukturierung städtische Holding	OBM Verfügung vom 09.10.2014
	Summe	1.573.094,94		